

TRAUM-A-LAND

- Verein zur Entwicklung Alternativer Lebensformen
in der Provinz Franken –

DOKUMENTATION

ZUSAMMENARBEIT MIT DER
INTERESSENSGEMEINSCHAFT
GEGEN DIE DAIMLER-BENZ-
TESTSTRECKE BOXBERG

BUNDSCHUH-GENOSSENSCHAFT

PROVINZVERPLANUNG

Traum-a-land

www.traumaland.de

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

TRAUM-A-LAND

- Verein zur Entwicklung Alternativer Lebensformen
in der Provinz Franken –

DOKUMENTATION

ZUSAMMENARBEIT MIT DER
INTERESSENSGEMEINSCHAFT
GEGEN DIE DAIMLER-BENZ-
TESTSTRECKE BOXBERG

BUNDSCHUH-GENOSSENSCHAFT

PROVINZVERPLANUNG

© Traum-a-land Copyright:

Alle unsere Webseiten können kostenfrei gelesen und ausgedruckt werden. Ausgedruckte Textteile können in der üblichen Form unter Angabe der Quelle frei zitiert werden. Alle erfolgten Ausdrücke unterliegen dem Schutz des Urheberrechtes. Ihre Vervielfältigung und Weiterbearbeitung bedarf der schriftlichen Zustimmung.

Sammlung & Archivrecherche: Albert Herrenknecht, Hermann Schäffner, Jürgen Wohlfarth

Textbearbeitung: Jürgen Wohlfarth

Zusehen und Warten? Ist das Land noch zu retten? – Ein Pressespiegel über die Probleme der Region Neckar- Odenwald-Tauber-Franken

Vorbemerkung

Dieser Artikel basiert auf einer Sammlung von Zeitungsartikeln (Zeitraum 1 Jahr), die sich mit den speziellen Problemen der Region Franken-Hohenlohe beschäftigen. Über die veröffentlichte Meinung zu diesem Thema soll einmal untersucht werden, was die Hauptprobleme unserer Region sind und kritisch nachgefragt werden, ob nicht einige Probleme vergessen wurden.

Die altbekannte Strukturschwäche

Die Region gehört zu den schwach industrialisierten Gebieten des Landes. Was fehlt ist die Großindustrie, die über die Gewerbesteuererinnahmen das große Geld für die Gemeinden bringt. Strukturschwäche bedeutet geringe Industrieansiedlung, unterentwickelte Infrastruktur (Verkehr, öffentliche Ver- und Entsorgung, Versorgung durch Handel und Gewerbe, Bildung, Gesundheit, Altenhilfe, Kinderhilfe, Freizeitangebote). Strukturschwäche bedeutet aber in aktueller Form vor allem Arbeitslosigkeit in überdurchschnittlicher Höhe. Das bereits geringe Arbeitsplatzangebot der Region wurde durch Rationalisierungen und die Pleitewelle der letzten Jahre (allein 1977 54 Konkurse, siehe Fränkische Nachrichten vom 23.2.1978, S. 13) verstärkt. Das Problem wird weiterhin akut bleiben, da immer mehr ehemals in der Landwirtschaft Tätige einen Arbeitsplatz suchen, die Monostrukturen (z. B. im Raum Heilbronn die Automobilindustrie) nicht abgebaut wurden und daher als latenter Krisenfaktor weiter existieren und im Inneren der Region der „Genickschlag“ für eine weitere Industrialisierung durch die Streckenstilllegungspläne der Bahnstrecke Lauda – Wertheim – Miltenberg vorbereitet wird. Wird diese Verkehrsader beseitigt, so wird das Verkehrsnetz noch stärker geschwächt und der ländliche Raum für weitere Industrieansiedlung unattraktiv.

Deshalb ist es verständlich, wenn die Debatten darüber so ausführlich und lautstark geführt werden (z. B. stehen mindestens 2 mal in der Woche Berichte zu diesem Thema in der Zeitung). Die Demontage der noch kärglich bestehenden Infrastruktur würde Badisch-Sibirien vom strukturschwachen Randgebiet zu einem „Rückstandsgebiet“ machen. Das Land wäre nicht mehr in der Lage, sich in einigermaßen erträglicher Weise selbst am Leben zu erhalten, sondern würde noch mehr als bisher zu einer Funktion der Ballungsräume und Industriezentren. Unsere Region würde dadurch zu dem funktionalisiert, was in den Verdichtungsräumen selbst nicht mehr möglich ist: Ökologische Nische (Trinkwasserversorgung, Fremdenverkehr), Müllabladepplatz oder

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

was vor allem die CDU (FN vom 13.6.1977) vorschlägt zum Standort von Kernkraftwerken, weil das Land für etwas anderes nicht mehr tauglich ist und von Seiten der ländlichen Bevölkerung bei geschicktem Vorgehen weniger Widerstand zu erwarten ist.

Diese Perversion kolonialistischen Großstadtdenkens hat aber auch seine alltägliche Variante, z. B. Neckermann. In Zeiten der Hochkonjunktur hat dieser Versandkonzern in Buchen eine Zweigniederlassung eröffnet (Billiger Standort, niedrige Löhne, fleißige und angepasste Landbevölkerung, die um jeder Lebensstandardverbesserung dankbar ist, etc.). Durch eine zentrale Entscheidung in Frankfurt und die Zentralisierungspolitik (vgl. Report ARD vom 5.12.1977) des Neckermann-Konzern (Sanierung durch Rationalisierung) werden 150 Arbeitsplätze liquidiert und in der Folge noch mehrere Arbeitsplätze (z. B. bei der Post, die die Versandaufträge ausführte) verloren gehen. Die Machtpolitik eines Konzerns entscheidet über die Entwicklung einer ganzen Kleinstadt und Region. Eine Alternative für die wegrationalisierten Arbeitsplätze gibt es angesichts der allgemeinen Regions-Arbeitslosigkeit nicht. Die Ansiedlung einer Fremdstruktur, wie es die Filiale eines Versandkonzern ist, hat sich als falsch erwiesen.

Der Fehler wird aber wiederholt: z. B. Boxberg. Die Daimler Benz AG will dort eine große Versuchsstrecke errichten: die Argumente der Bau-Gegner, die recht moralisch klingen und sich hauptsächlich an der Landschaftszerstörung durch dieses Bauwerk, nicht an seiner totalen Ineffektivität für die Region festmachen, werden durch die Politik des Konzern (Versprechen 150 Arbeitsplätze zu schaffen, Gewerbesteueraufkommen, etc.) unterlaufen. Dass dieses landschaftsfremde Großprojekt zwar 150 Arbeitsplätze schafft, aber nicht für die Leute aus der Region, sondern für aus Stuttgart mitgebrachte Spezialisten, wurde klammheimlich verschwiegen. Eine Rund-Autobahn in der Landschaft wird das Leben dort nicht verbessern, sondern verschlechtern. Das Land wird zum Hinterhof der Industrie und willkürlichen Investitions- und Rationalisierungsobjekt der kapitalstarken Konzernpolitik.

Die Ohnmacht des Landes gegenüber der Kapitalisierung des Landes durch die Verdichtungsräume

Die dünne Besiedlung des Region, die große Arbeitslosigkeit, die fehlende regionsspezifische Industrie (Weiterverarbeitende mittlere Industrie) führen dazu, dass Land alleine nicht mehr wirtschaftsfähig ist. Das geringe Steueraufkommen der Region, der defizitäre Zustand der Infrastruktur (Unterversorgung des Landes) macht eine breite Subventionspolitik für das Land notwendig. Und an dieser Stelle versucht die SPD in die Raumordnungspolitik einzugreifen: sie will das unterprivilegierte Land – „das arme Franken gegenüber dem reichen Stuttgart“ (FN 18.5.1977) – durch eine andere Verteilung der Subventionsmittel (Mittel zur Förderung der Industrieansiedlung und zur Verbesserung der Infrastruktur), indem andere Maßstäbe der Planung entwickelt werden

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

(konkreter an den Bedürfnissen der Region ausgerichtet). Dieser Ansatz erscheint der CDU zu „planerisch“ und sie propagiert dagegen ein Modell der Unterstützung der mittleren Betriebe, der privatkapitalistischen Neuansiedlung, um dadurch das Land attraktiver zu machen. Praktisch läuft diese Verschleuderung von Steuermitteln hinaus, die in vielen Kleinprojekten und Kleinbetrieben versacken, ohne die Struktur der Industrie zu verbessern. Die „Mittelstandspolitik“ der CDU ist eine Zementierung des vorhandenen Besitzstandes, wodurch sich für die Arbeitnehmer des ländlichen Bereiches keine Verbesserung ergibt.

Abwanderungsregion

Die Region Franken-Hohenlohe ist eine Abwanderungsregion: die Arbeitslosigkeit, die geringen Chancen beruflicher Weiterentwicklung, die schlechte Versorgung des Landes (Freizeitwert, kulturelle Attraktivität, etc.) führen zu einem immer deutlicher werdenden Verlust an Arbeitskräften – vor allem an intellektuellen Berufen -. Dieser Prozess der „Ausblutung des ländlichen Raumes“ (FN 30.12.1977), wie er immer wieder bezeichnet wird, führt zu einer Überalterung der Bevölkerung. Der starke Geburtenrückgang (FN 25/25.2.1978) der Region wird sie bis in 20 Jahren zu einem Altenheim machen. Die Abwanderungsbewegung der Jüngeren und arbeitsfähigen Generation hat ökonomische und politische Folgen: ökonomische Auswirkungen liegen darin, dass das Steueraufkommen der Region noch geringer wird und damit die (Subventions)Abhängigkeit von Landesmitteln und Ballungszentren noch vergrößert wird und politisch, dass gerade das kritische Potential (Jugendliche mit Durchblick) das Land verlässt und somit das Land den Rechten und ihrer „volkstümlichen“, dümmlichen und reaktionär-bodenständigen Politik überlassen wird.

Wo hat denn praktisch die Linke in der Provinz etwas zu sagen gewusst zu der Pleitewelle in der Region, zur Streckenstilllegung der Verkehrsader, zur Regionalplanung in unserer Region? Die Junge Union ist massiv dabei über publikumswirksame Aktionen (Disco-Feten, Hallenhandballturniere, Fahrten, Schafkopfturniere, Reservistentreffen etc.) die Jugendlichen einzufangen und sie dann in Mitgliedszahlen auszuweisen. Sie organisiert damit brachliegende Bedürfnisse und schafft Anti-Linke-Bewußtsein. Der Protest in unserer Region ist leider rechts, weil es keine aktive Linke (und dazu wären auch Leute der Jusos und DJD (Jungdemokraten, damalige FDP Jugendorganisation; Anmerkung 2008) zu rechnen) gibt. Und das fortschrittliche Potential auf dem Land ist allgemein im Rückschritt begriffen, weil es keine Unterstützung von einer linken Bewegung in den Städten (wie in den 60er Jahren) bekommt. Die erste Generation dieser Provinz-Protest-Bewegung ist aus der Provinz endgültig verschwunden oder hat sich aus Altersgründen integriert.

Es ist klar, dass die linken oder potentiell linken Gruppen und Leute in der Region eine totale Minderheit sind und oft mit dem eigenen Überlebenskampf dermaßen beschäftigt sind, dass sie sich gar nicht an den sozialen Brennpunkten der Region einmischen

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

können. Es fehlt an Leuten, an konkreten Bezugspersonen zu den Konfliktzonen, an Informationen und Wissen über die Zusammenhänge, an eigenen konkreten Vorschlägen einer Alternative, an der eigenen Perspektive.

Nur ansatzweise gibt es informelle Gruppen (Jusos-Zirkel, KDV-Selbstorganisation, Amnesty International, DJDs, Gewerkschaftsgruppen, die Alternativzeitungen und JZ-Gruppen, die aber in einer großen Isolation voneinander existieren. Hier müsste vielleicht einmal ein informeller Kontakt geknüpft werden und vielleicht einmal zu einem Kongreß über die Zukunft unserer Region mobilisiert werden (Wochenendtagung mit Podiumsdiskussion, Provinzfestival etc.); als Idee schwebt mir eine „provinzielle Volksfront“ vor, die durch eine solche Zusammenarbeit in einem PROVINZFORUM erzielt werden könnte. Dieser Schritt würde ein wenig Öffentlichkeit in das Dunkel der Region bringen und über die Presseverbreitung vielleicht auch viele total vereinzelt Individuen eine Anlaufstelle bieten und die JZ's aus ihrer nur Jugendhaus bezogenen Arbeit herausführen.

Wenn unsere Region nicht zu einem Ersatzland der Großstädter und einem bloßen Standort oder Ausbeutungsobjekt der Natur und der Arbeitskräfte verkommen soll, dann wäre es wichtig, dass wir uns über die Zukunft der Region ein paar qualifizierte Gedanken machen. Ein aktives kommunales und regionales Leben, das nicht nur Lebensstandard, sondern echte Lebensqualität bedeutet, eine lebendige Provinz, muß sich über unser provinzielles Selbstbewusstsein herstellen. Die Attraktivität des Landes wird für uns eine (Über)Lebensfrage; wenn es uns nicht gelingt, unsere Lebenssituation zu verbessern, wird sich unsere Lage noch mehr verschlechtern, werden noch mehr potentielle Veränderer das Land verlassen und wir werden dann immer mehr zu einer politischen Randregion versinken, in der die „Idiotie des Landlebens“ ohne Widerspruch seine Provinzposen schlagen kann und die ländliche Borniertheit weiterhin ungebrochen herrschen wird.

Wir sollten bei unseren Treffen und in TRAUM-A-LAND einmal darüber reden, ob wir in der Lage sind, einmal ein solches – zweifelsohne notwendiges – Projekt in Angriff zu nehmen. Zu einer politischen Kraft auf dem Lande können wir nur dann werden, wenn wir uns selbst nicht in unseren „befreiten Gebieten“ (JZs etc.) verkriechen.

Aus: Obelix, Zusehen und Warten? Ist das Land noch zu retten? – Ein Pressespiegel über die Probleme der Region Neckar-Odenwald-Tauber-Franken. In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 1 März 1978, Seite 4 – 7

Die Rennstrecke als Todeskurve der Region?

Das Vorhaben der Daimler Benz AG bei Boxberg mitten in der Landschaft eine Rundautobahn zu errichten, ist momentan neben der Diskussion um die Bahnstrecken-Stilllegung das Hauptgesprächsthema der Region. Großkapitalmanagement, Landrat und Ortsbürgermeister und lokale Honoratioren versuchen in gemeinsamer Front dieses Projekt schmackhaft zu machen. Investitionsspritze für die Bauindustrie des Kreises, Schaffung von 150 Arbeitsplätzen für das strukturschwache Hinterland, das Locken mit dem Weltrufnamen Daimler-Benz und hohe Abfindungsangebote für die Landwirte sind ihre Lockmittel. Auf der Widerstandsseite gegen dieses Projekt stehen die Argumente:

1. Dieses Bauvorhaben vernichtet die Existenzgrundlage einiger Bauern, die durch eine zweite „Flurbereinigung“ erneut geschröpft werden sollen.
2. Das Bauprojekt ist eine Bedrohung für die Gesundheit der angrenzenden Bevölkerung, es zerstört die natürliche Umwelt unwiderruflich, es zieht evtl. noch andere Industrie an und fördert damit die Landschafts- und Lebensraumzerstörung; das Projekt könne bis in 20 Jahre zu einer unrentablen Bauruine werden (Energiekrise / neue Technologien).
3. Das Bauprojekt schafft zwar 150 Arbeitsplätze, aber woher kommen die Arbeitskräfte: aus der Region oder aus Stuttgart? Was bleibt von diesem Argument der Planer denn wirklich für die Provinz übrig? Warum ist Boxberg nur als Rennstrecke interessant, während ein Fertigungsbetrieb der wirklich Arbeitsplätze bringen könnte, lieber ins Ausland verlegt wird?

Die vom Kapital heimgesuchte Provinz

Die Landschaft um Boxberg war bisher für Außenstehende nicht interessant, sondern eher wirkliches Hinterland. Nur die Leute, die dort leben und arbeiten, deren Existenz vom Boden und der Landschaft dort abhängt, wusste das Land als „ihre“ Heimat zu schätzen. Durch den geplanten und gut vorbereiteten Eingriff des Großkapitals in Form von Daimler-Benz wurde diese Landstrich über Nacht wachgerüttelt und zu einer politischen Konfliktzone. Das unehrliche Interesse des Konzernmanagements, das das wirkliche Ausmaß dieses Landschafts- und Lebensraumeingriffes nicht klar mitteilt, die Liquidierung der bäuerlichen Existenz für einige betroffene Landwirte, der Widersinn zwischen betonierter und asphaltierter Landschaft und glaubhaftem Fortschritt, das Übergewicht der Gegen-Argumente (keine Arbeitsplätze, nur Zerstörung) haben einen Widerstand gegen dieses Projekt entstehen lassen, der in der Lage ist, das Bewusstsein über die Funktionalisierung des Landes auszuweiten. Das Land ist für das Kapital eben nur noch dann interessant, wenn es zum Standort von Anlagen (Kernkraftwerke, Mülldeponien, Rennstrecken) wird, die anderswo nicht mehr gebaut werden können. Was mit dem Land drum herum, was mit der Bevölkerung passiert, was diese Industrieansiedlung wirklich für die Überwindung der Strukturschwäche bringt, ist dabei für die Planer gleichgültig. Für sie zählt der Profit (das billige Land, der geringe

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

politische Widerstand, das niedrige Lohnniveau). Das Land ist in ihren Augen ein Abfallprodukt der Industriegesellschaft, eine innere Kolonie, in die man dann ausweicht, wenn die Großstädte nicht mehr in Frage kommen.

Boxberg ist ein Beispiel für diese rigorose Politik des Kapitals gegenüber der Provinz. Das Kapital pflanzt seine Strukturen seines Fortschrittes als Fremdstruktur in die Provinzlandschaft ohne Rücksicht darauf, ob diese Strukturen der Arbeitsplatzbeschaffung und Lebensqualitätsverbesserung wirklich dienen. Wenn die Rennstrecke gebaut wird, sitzt damit nicht nur ein asphaltierter Fremdkörper mitten in einer Naturlandschaft in einer Provinzstruktur kleinerer und mittlerer Betriebe und verschiedener Landwirtschaftsbetriebe. Die Rennstrecke bringt der Region keine Vorteile, da sie nicht die Grundlage einer sinnvollen und provinzgerechten Industrialisierungspolitik ist, sondern eine in die Landschaft geschissene Fremdstruktur darstellt, die das Land und die Leute drum herum nur benutzt und ausnützt, ohne ihnen zu nützen. Eine sinnvolle Industrialisierung des Landes besteht darin, dass die Abwanderung von Facharbeitern aus unserer Region gestoppt wird, dass qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden, dass die Produktion konkret etwas mit der natürlichen Beschaffenheit der Region zu tun hat und das Steueraufkommen der Gemeinden verbessert, ohne nur Konzernen außerhalb der Region zu nützen und letztlich das Land den positiven Seiten der Stadt (Lohnniveau, kulturelle Öffnung, Bewusstseinsweiterung) näher bringt.

Die Daimler-Benz Rennstrecke steht dieser Programmatik entgegen. Die Konzern-Planer verachten im Grunde das Land und sehen in dem Widerstand der Bauern nur dumme Bauern, die gegen (ihren) Fortschritt sind. Ihre Lockvögel (Arbeitsplätze etc.) ziehen nicht bei allen, weil einige dieses Märchen vom Segen der Industrie und vom Goldregen für das Hinterland nicht glauben wollen. Ihr Widerstand entspringt dem Bewusstsein eigener Existenzvernichtung, der Verantwortung für die Zukunft des Landes, der Sensibilität der landansässigen Betroffenen für die Zerstörungsmaschinerie. Ihr Widerstand ist aber politisch noch gebrochen durch die Traditionen der Kirche, durch das konservative Denken und das jahrzehntelange CDU-Wählen. Aber er lebt und macht Lernprozesse. Was können wir dabei tun? Grundsätzliches diskutieren? Mitmachen? Nur informieren? Politisch differenzieren? Die Betroffenen für TRAUM-A-LAND interviewen?

Aus: Die Rennstrecke als Todeskurve der Region? In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 2 Mai 1978 Schwerpunkt Teststrecke Boxberg, Seite 9 – 11

Die geplante Vernichtung des Landes

Die Diskussion um die Versuchsstrecke der Daimler-Benz AG gibt Anlaß der Frage nachzugehen, was haben Raumordnung und Landesplanung, die den Landbewohnern in ihrer Zielsetzung eine Maßstabsvergrößerung der eigenen Lebensverhältnisse und eine gut ausgebaute Infrastruktur versprochen, dem ländlichen Raum beschert?

1. Die dörflichen Wirtschafts- und Sozialstrukturen wurden durch den Niedergang des ortsansässigen Handwerks (Schmied, Sattler, Müller, Schlachter, Wagner) vernichtet.
2. Die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe verschwanden immer mehr aufgrund des zunehmenden Zwanges zur Technologie.
3. Aufgrund des Umwandlungsprozesses der sozialen und ökonomischen Strukturen des Dorfes wurde ein großer Teil der Bevölkerung gezwungen, in Industriebetriebe (meist als Pendler / Feierabendbauern) arbeiten zu gehen und damit den Bedingungen des Arbeitsmarktes unterworfen zu sein.

Der Kernpunkt in den Konzeptionen der Regionalverplaner war die Schaffung einer außerlandwirtschaftlichen ökonomischen Basis in den industriefernen Rückstandsregionen, d. h. die Ansiedlung von Industriebetrieben. Um dieses Konzept zu verwirklichen, beschränkten sich die Regionalplaner in ihren Raumordnungsplänen auf so genannte „entwicklungsfähige Gemeinden“ durch Konzentration der staatlichen Mittel auf diese. Diese Politik setzte den Eigeninitiativen kleinerer Gemeinden ein Ende. Die kommunalpolitische Autonomie wurde durch bürokratische Verwaltungen ersetzt.

Die krisenhafte Entwicklung der letzten Jahre und die Rationalisierungen führten zur Schließung vieler angesiedelter Zweigbetriebe auf dem Land. Der daraus bedingte Wegzug, vor allem jüngerer Arbeitskräfte, führte zum Schließen eines folgenschweren Teufelskreises: Dem Schrumpfungsprozeß gerade der geförderten Gemeinden. Durch das Sinken der Bevölkerungszahl geraten die kalkulierten Infrastrukturauslastungen (Kanalisation, Schule usw.) immer mehr in Gefahr. Daraus folgt entweder der Zwang zu noch mehr staatlichen Zuschüssen oder deren Einschränkung, was meistens der Fall ist.

War es die ursprüngliche Zielsetzung der Raumordnung eine allgemeine Verbesserung der Lebensverhältnisse zu erzielen, so sind nach dem erkennbaren Scheitern der Raumordnungskonzepte ländliche Regionen für die bürokratische Planung als Entwicklungszentren nur noch dort interessant, wo die private Kapitale aufgrund ihrer Standortverlagerungen eine verstärkte Erstellung öffentlicher infrastruktureller Leistungen erfordern.

Das ist der Rahmen, in dem die Versuchsstrecke der Daimler-Benz AG zu sehen ist. Diese Entscheidung ist keine bewusste Antwort auf die spezifischen Probleme unserer Region, sondern vielmehr eine bloße Reaktion auf die Randlage unseres Raumes, und

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

gesteht die Widersprüche und das Scheitern der staatlichen Raumordnung ein. Nicht die Schaffung einer neuen Lebensgrundlage wird dadurch erreicht, sondern die Vernichtung des ländlichen Lebenszusammenhanges, Zerstörung landwirtschaftlicher Nutzfläche, die Abschaffung der Provinz, die Verplanung des Raumes, die Verstädterung unserer Region, die Verkapitalisierung des Landes wird die Folge sein.

Mit derselben Logik falscher Politikvorstellungen hätten sich die Politik für ein Kernkraftwerk oder einen Truppenübungsplatz entscheiden können. Der Widerstand der Bevölkerung ist gewiß, das Aufgreifen der Aktionsformen der Wyhler oder Brodkdorfer Bevölkerung (noch) nicht.

Aus: Die geplante Vernichtung des Landes. In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 2 Mai 1978 Schwerpunkt Teststrecke Boxberg, Seite 12 – 13

Immer gilt unn üwweroal – Koa Rennstreck im Dauwer- und Umpferdoal

Host woass früber höre brumme,
Iss-ess vonn em Käfer kumme,
Wenn-mr häud moant do brennds,
Iss-ess dr Stinkadores-Benz.

Mr denkt unn soacht: Sapperlott,
Dr Landrat Rühl nimmer alle beisamme hott,
Unser Lendle zu verschandle,
Unn unnerm Disch rumbandle.

Dess-iss häud der näuste Splien,
Schaut mr nur noach Boxbärbch hin,
A Baurefaust söll doch die Woache,
Gleich nei de Ärds-Gruunds-Boude schloache.

Ihr verschiebt an große Geld,
De Woald, die Wies und des Feld,
Eu're Boledik iss-en alte Zopf,
Ihr moacht nix mehr üwwer unnern Kopf!

Aus: Immer gilt unn üwweroal – Koa Rennstreck im Dauwer- und Umpferdoal. In:
TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 2 Mai 1978
Schwerpunkt Teststrecke Boxberg, Seite 13

Provinz im Aufbruch

- oder über die Notwendigkeit politischer Geographie

1.

Wer kannte schon die Namen
Wuhl, Brokdorf, Gorleben,
Dreihausen, Boxberg
Bevor dorthin Kernkraftwerke,
Wiederaufbereitungsanlagen,
Mülldeponien oder Teststrecken
Gebaut werden sollten?

2.

Genau die Unbekanntheit dieser
Vernachlässigten Dörfer
War die Kalkulation der Kozerne
Aber ihre Bilanz ging nicht auf
Denn das Land war über Nacht
Vom Hinterland zum Schauplatz
Des Kampfes um die Zukunft geworden

3.

Die Ruhe des Landes
Und die Arbeitsamkeit der Bevölkerung
- das waren die Gründe,
die uns von diesem Land abhielten
das Große Kapital aber gerade anzog
Wir hatten dieses Land vergessen
Bis es das Kapital der Zentren entdeckte
Und damit unser Versäumnis aufdeckte

4.

Was war denn Boxberg-Umland für uns
Anderes als Wiesen, Bauern, hinterstes Hinterland
Verlassene Dörfer, leblose Gegend
Am Rande der Autobahn, landschaftliche
Einöde und ländliche Langeweile
Bis sich von dort etwas regte,
was wir unter Leben und Kampf verstehen
und damit auch uns zu denken gab.

5.

Wie lange soll noch nach dieser Land-Karte

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Bestellt werden am großen grünen Tisch
Der Konzernetagen
Wie lange soll sich das große Kapital
Noch alle seine Wünsche erfüllen können
Und die deutsche Provinz
Frisch auf dem grünen Tisch verplant werden
Ohne uns zu fragen
Die wir von und in dieser Landschaft leben?

6.
Wie lange soll das Land
Seine Zerstückelung, Funktionalisierung
Ausbeutung und Zerstörung noch mitmachen
Wie lange soll die Provinz noch
Das Krankenhaus der Großstädter,
das Armenhaus der Kommunen
das Altersheim ohne Jugend
der Mülleimer der Großstädte
der Hinterhof der Industrie
sein?

7.
Unsere Provinz hat eine Tradition
Die über die der alten und toten Provinz hinausreicht
Der politische Widerstand
Hat Tradition im Frankenland
Und wenn das große Kapital
Weiterhin mit uns
Als billigem Land-Material spekuliert
So wird es diese Vergangenheit
Spektakulär erfahren
Denn das lebendige Denkmal der Geschichte
Sind wir!

(Vor 453 Jahren Bauernkrieg
Geschlagen zogen sie nach Haus-
Wir Enkel fechtens besser aus!
Spruch der Frankenhausener
Bauern aus der heutigen Sicht)

Aus: Provinz im Aufbruch. In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-
Hohenlohe, Nr. 2 Mai 1978 Schwerpunkt Teststrecke Boxberg, Seite 15 – 16

Wanderung hat Daimler-Diskussion neu entfacht

- Gegner der geplanten Teststrecke der Daimler-Benz AG bekräftigten ihre Argument gegen die Zerstörung der Landschaft

Ab 6 Uhr morgens bestand die Möglichkeit das von Daimler-Benz auserwählte Gelände, das vom bisher genutzten Ackerland in eine asphaltierte Teststrecke verwandelt werden soll, zu besichtigen. An diesem Sonntag machten mehrere hundert Leute von dieser Gelegenheit Gebrauch und umwanderten das von der Interessensgemeinschaft gegen die Daimler-Benz-Teststrecke gut markierte Gelände. Für die Versorgung der Teststrecken-Gelände-Umwanderer war bestens gesorgt, da auf dem Wanderweg zwei Stationen eingerichtet waren, an denen sich die Umwanderer erholen, erfrischen und gemütlich unterhalten konnten. Am Start war die Maschinenhalle von Schwabhausen in ein Festzelt verwandelt worden, in dem nicht nur für das leibliche Wohl gesorgt wurde, sondern auch die Möglichkeit bestand, sich durch Informationsblätter der Interessensgemeinschaft und in vielen persönlichen Gesprächen sachlich und vor Ort zu informieren.

Aus Gesprächen mit denjenigen, die die Strecke umwandert hatten, klang immer wieder die gleiche Empörung darüber, wie es möglich sein kann, dass so ein Landstrich, der in großer Breite soviel furchtbaren Boden beherbergt, der in der ganzen Gegend seinesgleichen sucht, nur für dieses Teststreckenprojekt mit Asphalt zugeschüttet werden soll. Die vollen Ähren dieser Felder, hinter denen die Umwanderer des Geländes beinahe verschwanden, die Aussiedlerhöfe mitten in dieser erntereifen Landschaft und die kärgliche Sommersonne, die an diesem Sonntag zumindest andeutete, in welcher Jahreszeit wir uns befinden, zeichneten ein Bild von dieser, vielen unbekanntem Gegend, das eindrucksvoll vermittelt, was hier geopfert werden soll, wenn sich hier statt fruchtbaren Bodens der Asphalt breit macht, wenn statt Vogelgezwitscher das Bremsenquietschen und Motorengeheul zu hören ist. Wer dieses Land zu Fuß umwandert hat und dadurch erst eine Vorstellung von der Größe des Geländes (720 ha!) bekommen hat, der versteht nicht, wie Leute, die dieses Land nur von der Landkarte her kennen und nur mit dem Zeigefinder „umwandert“ haben, dazu kommen können, ein solches Land durch dieses landschaftlich unpassende Bauwerk der Teststrecke für immer zu zerstören.

Versteckte Angst

Während mehrere hundert Leute bei strahlendem Sonnenschein friedlich und in Sonntagslaune die geplante Teststrecke umwanderten, wartete nicht fern von diesem Geschehen in einem nahen Wald eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei mit

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Wasserwerfern auf einen unfriedlichen Anlaß zum Einschreiten. Dieser Anlaß war nie gegeben und auch keiner der Interessensgemeinschaft oder der interessierten Wanderer wusste überhaupt von dieser versteckten Präsenz der Polizei. Am Donnerstag im Rot-Kreuz-Heim in Tauberbischofsheim war von einem „Krisenstab“ ein solcher Einsatzplan aufgestellt worden und damit begründet worden, dass „Frankfurter Kommunisten“ kommen würden und dass bei den Wandersleuten eventuell „Flurschäden“ zu erwarten seien. Diese Argumente erscheinen mehr als lächerlich: Wie sollen denn ausgerechnet die Leute, die dieses Gelände vor der Zerstörung schützen, die Verursacher von „Flurschäden“ sein? Flurschäden kommen nicht durch Wanderer, sondern höchstens durch Militärfahrzeuge und in größerem Maße durch solche Vorhaben, wie er Teststreckenbau eines ist, zustande.

Politische Vorwände

Es waren viele Leute da gewesen. Leute von den Jugendzentren, interessierte Erwachsene aus dem ganzen Kreis, Landwirte aus der Umgebung, Belegschaftsmitglieder von Daimler-Benz. Viele haben sich vor Ort informiert und mit den Betroffenen geredet. Es waren auch 6 Leute vom Kommunistischen Bund Westdeutschlands da und verteilten ihre Flugblätter, die aber keinen Anklang fanden.

Diese Gruppe war die ganze Zeit isoliert, aber keine dachte daran, sie zu vertreiben, denn jeder sollte zu Wort kommen, wenn er etwas zur Teststrecke zu sagen hatte. Der KBW hatte in Schwabhausen nichts zu bestellen, auch wenn die Berichterstattung gerade die Anwesenheit dieser isolierten Gruppe sensationshungrig hervorhebt.

Die Interessensgemeinschaft der von der Daimler-Benz-Teststrecke-Betroffenen wartete mit einem gut aufgemachten Informationsblatt auf, das die ganzen Argumente gegen den Teststrecken-Bau nochmals übersichtlich aufführte:

- Die Argumentation von Daimler-Benz, 150 Arbeitsplätze bereitzustellen, sei eine Schein-Argumentation, da Daimler-Benz zunächst 50 landwirtschaftliche Arbeitsplätze vernichte und dafür nur minderqualifizierte Arbeitsplätze auf der Teststrecke (Werkschutz, Wagenpfleger, Tankwart) biete.
- Die Daimler-Benz-Teststrecke sei ein Beispiel für eine falsche Industrialisierungspolitik für den strukturschwachen Raum, da es sich bei der Teststrecke lediglich um „Abfall-Industrie“ handle, die keine qualifizierten und ausreichenden Arbeitsplätze bringe (wie z. B. ein Fertigungsbetrieb). Die durch die Teststrecke angebotenen Arbeitsplätze stehen in keinem Verhältnis zu dem Verlust des Landes und der Zerstörung zweier Aussiedlerhöfe und vieler bäuerlicher Existenzen.
- Die betroffenen Landwirte wollen ihr eigenes fruchtbares Land (das fruchtbarste der Gegend) behalten, um weiterhin als Landwirte arbeiten zu können, um dieses Gelände weiterhin für die Landwirtschaft und zur Erholung zu erhalten

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

und um die Folgewirkungen für die benachbarten Dörfer (Lärmbelästigung, Umweltbelastung), die die Teststrecke mit sich bringen würde, zu verhindern.

Nach diesem Wandertag, der nach Angaben der Interessensgemeinschaft die Funktion der Aufklärung und Information haben sollte, erhofft sich die Interessensgemeinschaft eine Belebung der Diskussion in der ganzen Region über diese Daimler-Benz-Teststrecke und eine breitere Unterstützung ihres Kampfes gegen dieses Bauvorhaben. Das zahlreiche Erscheinen von Interessierten zu diesem Wandertag hat zweifelsohne dazu beigetragen, die Argumente der Interessensgemeinschaft anschaulich zu vermitteln und die Diskussion um die Teststrecke dadurch zu versachlichen.

Aus: (a.h.), Wanderung hat Daimler-Diskussion neu entfacht. In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 3 Sept. 1978 Schwerpunkt Jugendhüsler unterstützen Boxberger Daimler-Gegner, Seite 4

Boxberg-Lied

Es wollt ein Bauer früh aufstehn
Und wollte in die Zeitung sehn.
Als er sie aufgeschlagen hat,
war er vor Schrecken stumm und platt.
Das, das darf doch nicht geschehn.

Mercedes will da etwas bau'n,
so las er da mit Angst und Schreck,
eine Rennstrecke in die Wälder hau'n
unsere Natur versau'n
nur Krach, Gestank und Dreck.

Wir wern doch unser gutes Land
Nicht opfern für so eine Schand',
wir geben unser gutes Feld
nicht um alles Geld der Welt
in Kapitalistenhand.

Da kamen sie schon angeschnarrt
Mit Aktentasche und Krawatt'
Und faselten vom guten Geld
Das sie bezahlen für das Feld
(doch weniger als in der Stadt)

Da riefen alle Bauersleut':
Ihr seid doch wohl nicht ganz gescheit?
Denn die Zerstörung der Natur
Bringt doch den Profit euch nur
Wir sind zu nichts bereit!

Wenn ihr schon Autos testen wollt,
so hat der Bauer böß gegrollt,
wir sind Bauern und sind klug
bezahlt den Boden in der Stadt.
Geld habt ihr doch genug!

Da fingen diese feinen Herrn
Ganz plötzlich an ganz böß zu wern,
verkauft ihr nicht auf dieser Stell'
enteignen wir euch furchtbar schnell.
Da könnt ihr euch nicht wehr'n.

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Da sprach der Bauer: Bitte sehr,
dann nehm ich halt mein Schießgewehr
und schlug es auf den hohen Herrn,
der sah dann viel Mercedes-Stern.
(Ein Dutzend oder mehr).

Da kamen Leut' von Stadt und Land –
Gewaltig war der Widerstand.
Und überall war Einigkeit,
die Bonzen, ja die geh'n zu weit,
was die machen is e Schand.

Und alle schlossen sich zusamm',
die für Natur was übrig ham –
ganz egal was sie sonst reden,
welche Meinung sie vertreten,
Kommunisten, Linksextreme,

Angepasste, Unbequeme,
Rote, Intellektuelle, Blöde,
G'scheide, Lahme, Schnelle,
Hauptsache ist die Meinung nur:
Rettet unsere Natur!

Melodie: Es wollt ein Bauer früh aufstehn ...“

Aus: Boxberg-Lied. In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr.
3 Sept. 1978 Schwerpunkt Jugendhäusler unterstützen Boxberger Daimler-Gegner,
Seite 5

Rennstrecke? Nein danke.

Seit der Wanderung um das Gelände der geplanten Daimler-Benz-Teststrecke in Schwabhausen / Boxberg unterstützt die Redaktion der TRAUM-A-LAND Provinzzeitung und die Jugendzentren Franken-Hohenlohe den Kampf der Landwirte gegen diese falsche Industrialisierungspolitik und Verplanung der Provinz. Die lokalen JZ-Initiativgruppen sollten sich überlegen, was sie zur praktischen Unterstützung beitragen können (vgl. Katalog am Ende des Berichtes) und sich dann mit der TRAUM-A-LAND-Kontaktadresse in Verbindung setzen.

Bisheriger Höhepunkt: Umwanderung der Teststrecke

Am 23.7.1978 fand eine von der Interessensgemeinschaft der Teststrecken-Gegner organisierte Umwanderung des Teststrecken-Geländes statt. Trotz Ferien nahmen daran 600 Leute teil, wo von die Jugendzentren mit 60 Leuten die stärkste Gruppen stellten. Nach dieser Informationswanderung von der die Presse nur die 6 anwesenden KBWler als wichtigste Meldung empfanden, hat sich die Interessensgemeinschaft auf einen längeren Kampf eingestellt, denn die Auseinandersetzung um die Teststrecke beginnt jetzt erst richtig.

Psychologische Kriegsführung des Daimler-Benz-Konzerns

Mit großen Anzeigen in der Lokalpresse kündigte Daimler-Benz eine Broschüre der „Tatsachen“ an, die dann aber nur ein enttäuschendes Faltblatt wurde. Daimler-Benz hat keine neue Argumente zu bieten und braucht deshalb andere Wege, um zum Ziel zu kommen. Solche Wege sind z. B. vorzuführen, ob nicht mancher verkaufswillig sei, wenn's dafür einen Mercedes gibt oder die konkreten Versprechen, einen festen (aber nicht unkündbaren!) Vorvertrag für einen Arbeitsplatz als Teststrecken-Wächter zu bekommen. Auch die Lokalpresse (und darin vor allem die Teststrecken-Befürworter) machen eine Politik der Gerüchte, indem die Falschmeldung in Umlauf gebracht wird, Daimler-Benz habe schon soviel Land, dass es bald für die Teststrecke reiche, was in indirekter Form nicht anderes bewirken soll als das Gefühl zu verbreiten: Jeder Widerstand ist zwecklos. In Wirklichkeit besitzt Daimler-Benz noch keinen einzigen ha! (sondern der Seehof und andere kleinere Parzellen sind lediglich im Besitz der Landsiedlung, die die Flurbereinigungsbehörde ist und diese dann an Daimler-Benz verkaufen soll (sofern dagegen kein Widersprüche läuft!).

Durch die Anzeige von Daimler-Benz, dass sie für die Errichtung der Teststrecke noch einen Ingenieur suchen würde, durch persönliche Angriffe des JU-Pressesprechers Dieter Lücke auf den IG Vorsitzenden Herbert Hettinger, durch die Schürung der Unruhe in den Dörfern und durch die teilweise Diffamierung der IG (sie sei vie zu

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

emotional, sie paktiere mit dem KBW, sie sei ein „konservativer“ Haufen (?) soll der Widerstand der Bauern gebrochen werden. Daimler-Benz hat einen Kleinkrieg entfacht, um die Landwirte zum Verkauf ihres Landes und zur Aufgabe ihrer Existenz zu bewegen.

Der Widerstand wächst

Die Interessensgemeinschaft hat trotz der Erntebelastung nicht immer geschlafen, sondern wir immer stärker in die Offensive gehen:

- durch Veranstaltungen, Infostände, Unterschriftensammlungen, Aufkleber-Verteilen im Kreis;
- durch konkrete Aktionen in den Dörfern (unter dem Motto: „Unser Widerstand soll sichtbar werden“);
- durch Verstärkung der überregionalen Kontakte;
- durch Einwirkung auf die Parteien (SPD und FDP), um das falsche Bündnis der Befürworter zu sprengen.

Die Interessensgemeinschaft braucht dazu Unterstützung von anderen Gruppen und Leuten aus dem ganzen Kreis. Es wäre evtl. zu erstreben, einen Unterstützungsverein für die Interessensgemeinschaft zu gründen, falls genügend Leute dazu bereit wären, im die Unterstützung sichtbar zu machen.

Die Jugendzentren sollten sich überlegen, was sie weiter dazu beitragen können, um den Widerstand zu festigen und zu vergrößern (Veranstaltungen mit Dias wie in TBB und Weikersheim, Unterschriftenaktionen, Wandzeitungen zur Teststrecke, Berichte in Alternativzeitungen, Teilnahmen an Veranstaltungen der IG, Aktionen mit der IG zusammen etc.)

Aus: Rennstrecke? Nein danke. Immer gilt unn üwweroal – Koa Rennstreck im Dauwer- und Umpferdoal. In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 3 Sept. 1978 Schwerpunkt Jugendhäusler unterstützen Boxberger Daimler-Gegner, Seite 6 – 7

Für H.H. (der Oberrebell in des Wortes bester Bedeutung)

Rebellenlied*

I.

Der Rat dieser Stadt
Er weiß sich selber kein Rat
Er ist ängstlich und stumm
Denn der Bauer geht um
Stehn die Bauern davor
Schließt der Rat schnell das Tor
Doch öffnet er gern
Einem finanzkräftigen Herrn

II.

Der Bürgermeister dieser Stadt
Der hat seinen Posten bereits satt
Er will nach Oben um jeden Preis
Und das auf Kosten der Bauern' Schweiß
Ihr Hab und Gut, ihr wertvolles Land
Verschenkt er an den kapitalkräftigen Stand
Und kauft sich ein ins große Geschäft
Auf dass es ihn nach Oben entlässt

III.

Die braven Bürger dieser Stadt
Tun immer ihr' Pflicht und alles geht glatt
Sie kümmert' nur ihr' Arbeit und sonst nicht viel
Und keiner durchschaut das Intrigenspiel
Es geht um die Zukunft unserer Region
Und alles scheint klar für den Kreisregententhron
So klappt prima der Ausverkauf uns'rer Landschätze
Für die wenigen und miserablen Arbeitsplätze

IV.

Es schweigen die Politiker zu diesem Skandal
Das bleibt nur der Kampf – wir haben keine Wahl
Neue Freunde aller Orten findet nun der Bauersmann
Starke Hilfe überall, damit er sich endlich wehren kann
Und der Landfried' war gebrochen von den politischen Herrn'
Denn der Widerstand war ausgebrochen weil sich viele Bauern wehr'n

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

So wie das Korn reift auch die Wut
Ihr Herren droben – ich hoffe – ihr versteht das gut!

V.

Man muß mit den Herren, ihr werdet es sehn
Die Sprache sprechen, die sie nur verstehn
Sie sahen in uns nur Bauern, die nix wissen
Doch diesmal werden wir nicht mehr beschissen
Denn der fette Geldsack der Macht
Hat uns nicht überrollt, sondern wach gemacht

VI.

Es geht um die Zukunft, es geht um das Land
Dies haben selbst die Herren erkannt
Es geht aber um uns're Zukunft und unser Land
Dies aber scheint den Herren unbekannt
Mancher will sein Süppchen kochen auf dem Feuer das nun brennt
Und tut grad' s, als er den Bauern nicht mehr kennt
Scheint er als Stimmvieh noch so mächtig
So ist er als münd'ger Bürger grad' zu lästig
Denn es scheint wider die Natur
Spielt der Bauer ne' andre Roll' als eine Schachfigur

VII.

Bauernlegen, Bauernsterben für den Konzern
Das kann keine Zukunft werden, keine Zukunft ohne die Herrn
Daimler-Benz und Umweltschmutz
Bringen uns Bauern keinen Nutz'
Daimler-Benz will Macht und Beute
Und braucht uns als brave Leute
Zum Verkaufen, zum verrecke
Für der Herre unnütz' Teststrecke

VIII

Ihr habt gehört, wie man uns quält
Gehört was man uns für Märchen erzählt
Wie man uns belügt und erpresst
Uns kaum noch Atem zum Leben lässt
Das geht nicht mehr lange so an'
Dann zeigt der Bauer, dass er's nun kann

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Und ratet uns nicht länger Geduld
Denn wer zu viel duldet, ist selber schuld
Wach' endlich auf, gemeiner Mann
Und schließ dich uns'rer Bewegung an.

IX.

Die Zukunft für unser Land
Die haben wir selbst in der Hand
Und auch von der großen Verplanung
Haben wir nun eine Ahnung
Wir kennen die Not uns'rer Region
Und wissen dafür auch Lösungen schon
Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft
Gesunde Natur und Bauernschaft
Das alles hat dann erst Bestand
Wenn eines gelingt: mehr Demokratie auf dem Land!
Wir wollen unsere Zukunft selber planen,
damit nicht fremde Herren weiter absahnen
und das auch noch in unserem Namen

X.

Wir wissen' nen' Rat
Für den Rat unserer Stadt
Dreh dich um
Bleib nicht länger stumm
Stell dich auf die richtige Seite
Dass das Volk dich nicht mehr meide
Laß die Herren dort Oben
Nur selber weitertoben
Und treib nicht weiter die Schand
Mit unserem Hof und unserem Land!

Aus: Rebellenlied. In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 3
Sept. 1978 Schwerpunkt Jugendhäusler unterstützen Boxberger Daimler-Gegner, Seite
8 – 9

* Das Rebellenlied basiert in einzelnen Abschnitten auf Yaak Karsunkes „Bauernoper“,
die nach Boxberg aktualisiert wurde

Zwölf Artikel zu Schwabhausen - Grundsatzprogramm der Interessensgemeinschaft gegen Daimler-Benz-Teststrecke

Die Interessensgemeinschaft hat mit den bei der Landeskonferenz der SPD (Königheim) erstmals veröffentlichten „12 Artikeln zu Schwabhausen“ eine Art Grundsatzprogramm der Interessensgemeinschaft vorgelegt. Die 12 Artikel, die sich der Form nach an die 12 Artikel des Bauernkrieges von 1525 anlehnen, nur heutzutage andere Inhalte ansprechen, im Wortlaut:

1.

Der Main-Tauber-Kreis ist einer der benachteiligsten Kreise des ganzen Landes Baden-Württemberg. Die schlechte Wirtschaftsstruktur, das Fehlen von qualifizierten Arbeitsplätzen und die starke Bevölkerungsabwanderung haben zu einer katastrophalen Entwicklung geführt, deren Folgen noch nicht zu übersehen sind. Dieser strukturpolitisch schlechte Zustand des Kreises kann aber kein Alibi dafür sein, jede Form der Industrie hierher zu holen, sofern sie nur das Versprechen äußert, einige Arbeitsplätze für den strukturschwachen Kreis zu schaffen.

2.

Das Interesse des Daimler-Benz-Konzernes ist es nicht, das strukturschwache Land durch die Schaffung von Arbeitsplätzen nach vorne zu bringen und damit zu einer besseren Entwicklung des Kreises beizutragen. Das Interesse des Daimler-Benz-Konzernes ist es, das verkehrsgünstig gelegene (Autobahnanschluß) Teststrecken-Gelände zu erwerben, um dort ungestört und ohne Industriespionage ihre Modelle testen zu können. Daimler-Benz suchte diesen Landstrich aus, weil die relativ ebene Landschaft der Erstellung einer Teststrecke entgegenkommt und geringere Aufwendungen erfordert und weil dieser Konzern gerade in dieser ländlichen Abgeschlossenheit die Chance sieht, dieses Gelände hermetisch abzuriegeln, um hinter Sichtblenden, aufgeschütteten Erddämmen und gut bewachten Zäunen die Test durchzuführen, gegen die dann jeder Einspruch machtlos ist. Daimler-Benz braucht diese Teststrecke nicht, da dieser Konzern bisher ohne eine eigene Teststrecke ausgekommen ist, sondern sieht in diesem Millionenprojekt eher eine gute Kapitalanlage. Die betroffenen Landwirte aber brauchen dieses Land, denn dieses Land ist für sie nicht nur ein Standort, sondern ihre berufliche Existenz und ihre Garantie, weiterhin an diesem Ort leben zu können.

3.

Die durch die Daimler-Benz-Teststrecke betroffene Bevölkerung hat das Recht, über die Entscheidung, dieses Land an den Konzern zu verkaufen, informiert zu werden. Dieses Recht wurde durch die verantwortlichen Politiker gebrochen und eine Zusage zu diesem Großprojekt ohne Zustimmung der Betroffenen über ihre Köpfe hinweg gemacht. Die Konzerninteressen wurden höher bewertet als das Recht der Bevölkerung, nicht von

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

diesem Land vertrieben zu werden. Mit dieser Politik gegen die Interessen der Bevölkerung im ländlichen Raum schafft man nur eines: Rebellen. Und Schwabhausen ist ein Beispiel dafür.

4.

Die Auseinandersetzung um die Daimler-Benz-Teststrecke ist nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen den betroffenen Landwirten und Grundstückseigentümern und Daimler-Benz, sondern in diesem Konflikt wird über die Zukunft des ländlichen Raumes mit entschieden: Wird es noch mehr solche Beispiele geben, in denen soviel Land und landwirtschaftliche Arbeitsplätze vernichtet werden um dafür lächerliche 150 – und dazu noch unqualifizierte – Arbeitsplätze zu bekommen? Wird es in Zukunft noch mehr solche Entscheidungen hinter dem Rücken der Bevölkerung geben und die Bevölkerung weiterhin nur noch die Rolle eines „Planungsobjektes“ einnehmen? Wird weiterhin der CDU-Parteien- und Ämterfilz bemüht werden müssen, um jeglichen Widerstand gegen diese Politik totzuschweigen und durch die scheinbare Front der Politiker zu unterdrücken? Wird weiterhin unser Land an die großen Konzerne „verschenkt“ ohne die Gegenwerte zu erhalten, die unserer Region wirklich helfen, die Arbeitsplatznot zu verringern und die Lebensqualität zu verbessern?

5.

Die Bevölkerung des ländlichen Raumes hat nicht nur – trotz ihrer Not der fehlenden Arbeitsplätze – das Recht gegen den Ausverkauf des Landes für nur wenige und zur Förderung der ländlichen Region untauglichen Arbeitsplätze zu protestieren, sondern das Recht, dort, wo diese falsche Strukturpolitik zur Verschlechterung der Lebenssituation im ländlichen Raum beiträgt, Widerstand zu leisten. Die Bevölkerung hat als der betroffenste Teil das Recht, diese falsche Industrialisierungspolitik nicht nur abzulehnen, sondern auch aktiv zu verhindern, wenn das Land trotz aller Arbeitsplatzglauberei wieder leer ausgehen soll und statt dessen sich fremde Konzerne an diesem Land – im wahrsten Sinne des Wortes – bereichern wollen. Die Daimler-Benz-Teststrecke ist ein Beispiel für eine solche Situation, in der die Bevölkerung gezwungen ist, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen, weil die Politiker versagt haben und die Bevölkerung dadurch zum einzigen Anwalt ihres eigenen Rechtes wurde.

6.

Die Argumente für die Errichtung einer Teststrecke sind mehr als fragwürdig und können von uns nicht akzeptiert werden: Arbeitsplatzschaffung ohne wirklichen Beschäftigungseffekt für die Region (die Spezialisten kommen aus Stuttgart, die Rest-Arbeitsplätze stehen den Einheimischen zur Verfügung). Das Investitionsvolumen von 100 Millionen DM, das der Region nichts hilft, weil auswärtige Großfirmen die Aufträge erhalten. Die Teststrecke ist ein in sich geschlossenes System einer unproduktiven „Abfall-Industrie“, die nicht durch Anbau eines Fertigungsbetriebes mit Verwaltungseinheiten erweitert werden soll und deshalb zu wenig Arbeitsplätze schafft und dafür zuviel Land erfordert. Die Teststrecke ist eine Fremdstruktur, die nicht in der

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Lage ist, langfristig die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Kreises zu fördern. Was mit solchen Ablegern eines Großkonzerns passiert, wenn sie nicht mehr gebraucht werden, hat das Beispiel von Buchen und dem Neckermann-Versand gezeigt: die Arbeitsplätze werden „eingespart“ und in der Landwirtschaft bleibt eine Produktionsruine zurück.

7.

Die Überlegungen, von denen die technokratischen Planer ausgehen, müssen neu überprüft werden: Es kann nicht darum gehen, mit einem solchen Raubbau an der Landschaft die allmähliche Reduzierung der Landwirtschaft, die in unserer Region noch 23 Prozent der arbeitenden Bevölkerung beträgt und sehr hoch liegt, zu erreichen. Unsere Region hat mehr zu bieten als nur Land, nämlich noch funktionierende Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, noch nicht völlig zerstörte Landschaft und noch intakte Natur. Diese natürlichen Gegebenheiten dürfen nicht für dieses unsinnige Großprojekt geopfert werden, das ökonomisch nichts bringt, sondern dazu ökologische Probleme aufwirft.

8.

Unsere Region kann von der Landwirtschaft allein nicht leben. Das wissen auch wir Bauern. Wir wollen mit unserem Protest auch nicht gegen Industrieansiedlungen im allgemeinen protestieren, sondern auf das krasse Missverhältnis zwischen der Qualität und Anzahl der Arbeitsplätze zum Landverbrauch, die ökologischen und sozialen Folgen aufmerksam machen und das Bewusstsein über diese falsche Provinzverplanung schärfen. Wir wollen den Zeitpunkt der Aufgabe unserer Landwirtschaft (falls es soweit kommen sollte) selbst bestimmen und nicht von geschaffenen Faktoren (wie Standortfestlegung Boxberger Raum) genötigt zur Aufgabe zwingen lassen. Wären noch mehr Landwirte den Richtwerten der Planer gefolgt und hätten ihren Hof aufgegeben, so wären heute noch mehr Arbeitslose in unserer Region: Für uns Landwirte sind unser Hof und unsere eigenen Produktionsmittel so lange (trotz der immer stärker werdenden Arbeitsbelastung in der Landwirtschaft) Garant für eine nicht arbeitslose oder unterbezahlte Existenz, solange es keine echte Alternative (gesichertes und qualifiziertes Arbeitsplatzangebot für den ländlichen Raum) gibt.

9.

Unsere Region braucht Arbeitsplätze. Arbeitsplätze, die durch Industrie kommen müssen, da die land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsplätze zurückgehen. Industrieansiedlung ist deshalb ein wichtiges Planungsziel zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Auch wir von der Interessensgemeinschaft sind dieser Meinung. Aber wir fragen heute, durch die Teststrecken-Planung aufgeschreckt, kritischer nach, welche Industrie wir wollen, für welchen Fortschritt wir Opfer bringen werden. Wir sind nur bereit solche Industrieprojekt gutzuheißen,

- die nicht nur ökonomisch-rationell für unsere Region sind und viele und qualifizierte Arbeitsplätze schaffen, sondern auch ökologisch gesichert arbeiten und unsere Lebensqualität nicht durch zusätzliche Umweltbelastungen

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

- verschlechtern,
- solche Böden als Standort wählen, die nicht die für die landschaftliche Nutzung optimalste Qualität besitzen, sondern die Landstriche, die aufgrund ihrer Bodenbeschaffenheit weniger geeignet sind,
 - ein vernünftiges Verhältnis zwischen Landverbrauch und Beschäftigungseffekt besitzen und nicht nur Land vernichten und für das Umland keinen Fortschritt bringen,
 - nicht nur „Abfall-Industrie“ darstellen und das Land zu einer Rumpelkammer des Fortschritts und zum Hinterhof der Industrie verkommen lassen (Kernkraftwerke, Mülldeponien, Teststrecken),
 - nicht nur vorübergehende Investitionsobjekte oder Filialen von Großkonzernen sind, die dann je nach Willkür der Konzernleitung geschlossen werden und die Lebenssituation in der Region noch mehr verschlechtern,
 - nicht nur ihre Fertigungsbetriebe mit dem niedrig qualifizierten Arbeitsplätzen in der Region ansiedeln, sondern auch bereit sind, die höher qualifizierten Verwaltungsarbeitsplätze auf dem Land niederzulassen, wodurch die Abwanderung von Fachpersonal aus der Region gestoppt werden kann,
 - keine neuen Monostrukturen (z. B. Automobilindustrie im Heilbronner Raum) herausbilden, sondern vielschichtige Beschäftigungszweige repräsentieren,
 - in der Lage sind, dauerhafte außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze zu schaffen und Ausbildungsplätze für die Jugendlichen der Region zu garantieren.

10.

Um dieses große gesellschaftspolitische Ziel, die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in Stadt und Land ohne die Liquidierung der Besonderheiten des Landlebens zu erreichen, bedarf es einer breiten politischen Aufklärung der Bevölkerung über die Probleme unserer Region und die Entwicklung eines politischen Bewusstseins zur Überwindung dieser Probleme. Diese Aufgabe ist zu groß, als dass Dorfpolitikerbewusstsein, falscher Lokalegoismus, Parteien- und Ämterfilz ausreichen würden, sie zu lösen. Zu eng ist noch der Horizont der Provinzpolitiker, zu uninformiert noch die parteipolitische Basis, zu wenig geschärft das politische Bewusstsein der Öffentlichkeit, zu unausdiskutiert noch die Zukunft des ländlichen Raumes, zu wenig dieser Bereich programmatisch bei den Parteien berücksichtigt.

11.

Die Zeit der Hintergedanken-Politik gegenüber dem Hinterland ist nun endgültig vorbei, seitdem überall in der Provinz sich der Widerstand gegen die falsche Verplanung regt und die einstigen als Hinterwäldler verspotteten Provinz-Bewohner hellwach geworden sind. Schwabhausen ist ein Beispiel. Ein Beispiel für diese Kette eines politischen Widerstandes. Vielleicht das Beispiel für unsere Region, denn es wird nichts mehr so sein wie vor diesem Konflikt, denn er hat den Lokalpolitikern ihre politische Unschuld genommen, Obrigkeitsdenken gesprengt, Kirchentreu ins Wanken gebracht, kritische Leute wachgerüttelt, ein Problembewusstsein inspiriert, politische Lernprozesse eingeleitet und damit endgültig den Provinzialismus abgestreift.

12.

Unserer Region droht eine Katastrophe wenn die bisherige Entwicklung so weitergeht: Die Region wird zum Altenheim, weil die Jugendlichen aus Mangel an Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen die Region verlassen; die Verringerung der Bevölkerung bei sowieso schon geringer Siedlungsdichte (97 Einwohner pro Quadratkilometer – Bundesdurchschnitt: 250 Einwohner/Quadratkilometer) führt zu einem allmählichen Zusammenbruch der ganzen Infrastruktur (vor allem der sozialen Versorgung, da reduziertes Steueraufkommen unsere Region noch stärker von den Subventionen durch das Land abhängig macht. Die Entleerung unserer Region, die Nötigung, dass gerade die Kräfte den ländlichen Raum verlassen, die wichtige Entwicklungspotentiale darstellen (Facharbeiter, Jugendliche), die Ohnmacht bisheriger Maßnahmen gegen diesen Trend vorzugehen, schafft eine permanente Benachteiligung unserer Region, die so ihren Provinzzustand (als Randregion einer inneren Kolonisation aus der immer nur herausgeholt wird, nämlich Arbeitskräfte und Land) nie verlassen wird. Unsere Region hat es satt, das Krankenhaus der Großstädter und der Hinterhof der Industrie zu sein. Wir wollen die Möglichkeit haben, unseren Fortschritt, den Fortschritt des ländlichen Raumes, selbst zu wählen, ohne verplant zu werden, ohne für fremde Konzerninteressen eingesetzt zu werden, ohne nur billiges Land-Material zu sein, ohne als Bauer einfach liquidiert zu werden. Den Landfrieden haben die Technokraten und Geldsäcke gebrochen. Von nun an kann es nur noch einen Waffenstillstand geben.

Aus: a. h. Interessensgemeinschaft: Grundsatzprogramm. „Zwölf Artikel von Schwabhausen“. Thema Daimler-Benz-Teststrecke. In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 4 Nov. 1978 Schwerpunkt Regionalismus in Franken, Seite 13 – 14

Schwabhausen: Der Kampf geht weiter!

Die Parteien erweisen sich als politische Drückeberger

Obwohl von den Jugendorganisationen der Parteien (Judos und Jusos) bereits Stellungnahmen zur Teststrecke vorliegen, tun sich die „Mutterparteien“ schwer klare Stellungnahmen abzugeben: sowohl die FDP als auch die SPD haben Angst, sich am „heißen Eisen“ Teststrecke die parteipolitischen Finger zu verbrennen und warten lieber ab, welche Richtung die Öffentlichkeitsmeinung bekommt, um ihre Stellungnahme danach auszurichten. Es geht den Parteien eben nicht um die Sache, sondern um Wahlopportunismus.

Die FDP versucht über einen faulen Kompromiss (Teststrecke plus 20 Ausbildungsplätze durch Lehrlingsheim mit Ausbildungsplätzen neben dem Testgelände sich als der „vernünftige“ Vermittler aufzuspielen.

Die SPD neigt zu einer Stellungnahme, dass die Teststrecke in Schwabhausen auf den guten Böden unsinnig, aber für den Main-Tauber-Kreis mit einem anderen Standort doch unentbehrlich sei.

Neue Schritte der Interessensgemeinschaft

Die IG hat inzwischen neue Rechtsanwälte, die in ganz massiver Weise auf dem Verwaltungsgerichtsweg gegen die Bauvorhaben vorgehen werden. Damit wird jegliches Bauvorhaben im Umkreis von Schwabhausen, das im Zusammenhang mit der Teststrecke steht, für Jahr vereitelt werden.

Noch wichtiger als dieser juristische Kampf ist das offensive Vorgehen der IG, denn sie kann eine wirklich sinnvolle Alternative zu der Teststrecke vorweisen: Der Seehof – ein großer Gutshof mit 200 ha Land inmitten der geplanten Teststrecke -, der bisher im Besitz der Flurbereinigungsbehörde des Landes (Landsiedlung) ist, soll in Staatshand bleiben und zu einem biodynamischen Musterhof mit Arbeits- und Ausbildungsplätzen werden. Dieses Projekt würde mehr Arbeitsplätze und dazu noch Ausbildungsplätze bringen als die Teststrecke; außerdem wäre dieses Vorhaben landfreundlich, umweltbewusst, zukunftsweisend und würde für die Landwirtschaft der Umgebung neue Impulse bringen und zu einem Kristallisationspunkt für eine chemiefreie und gesunde landwirtschaftliche Produktion werden. Durch die Ausbildungsplätze (Lehre des bio-dynamischen Landwirts) könnte diese fortschrittliche Anbaumethode auch wissensmäßig verbreitet werden und neue Wege einleiten. Ein Pächter für den Seehof ist bereits gefunden. Ebenso hat sich der „Forschungsring für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise“ bereit erklärt unentgeltliche Hilfestellung für das Gelingen dieses Projektes zu leisten.

Die Interessengemeinschaft erhält neue Unterstützung

Die IG wird bisher in erster Linie von Seiten der Jugendzentrumsprovinz Franken-Hohenlohe und der TRAUM-A-LAND aktiv unterstützt, während die Jugendorganisationen der Parteien, kritische Erwachsene und andere Teststreckengegner bisher hauptsächlich indirekt (durch Leserbriefe, durch Solidaritätserklärungen und Diskussionen in ihren eigenen Reihen) unterstützen. Die IG hat dabei in der öffentlichen Diskussion die besseren Argumente, was sich schon an der Fülle der Leserbriefe, die die IG unterstützen, zeigt. Es werden aber noch neue Verbündete hinzukommen: die Landjugend, die keineswegs die Haltung ihres Erwachsenenverbandes (Bauernverband) teilt, Betriebsräte von Daimler-Benz, die das Teststrecken-Vorhaben nicht für gutheißen, andere überregionale Bürgerinitiativen wie z. B: die Badisch-Elsäßischen Bürgerinitiativen (Wuhl).

Der Winter wird dazu genutzt werden, sich neu zu formieren und sowohl die Öffentlichkeitsarbeit auf der Kreisebene (durch Veranstaltungen, Info-Blätter, Aktionen) als auch die überregionalen Kontakte zu intensivieren.

Veranstaltungen zu der geplanten Teststrecke

Wer in den Jugendzentren oder anderen Räumlichkeiten Interesse daran hat, eine Informationsveranstaltung zur Teststrecke durchzuführen, kann sich mit TRAUM-A-LAND in Verbindung setzen. Es besteht die Möglichkeit, Dias zu zeigen, Infoblätter zu bekommen und einen Informationsabend mit IG-Mitglieder zu organisieren.

Aus: Schwabhausen: Der Kampf geht weiter! In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 4 Nov. 1978 Schwerpunkt Regionalismus in Franken, Seite 14 – 16

Geplante Unterentwicklung

Krisenursachen des ländlichen Raumes

Die Strukturschwäche des ländlichen Raumes ist das Ergebnis einer langjährigen systematischen Unterentwicklung des ländlichen Raumes. Die Defizite des ländlichen Raumes verhalten den Städten und Ballungsräumen zu ihrer wachstumsintensiven Entwicklung, zu ihrem Reichtum an Einkommen, Infrastruktur und qualifizierten Arbeitskräften. In Relation zu den Ballungszentren wurde das Hinterland immer stärker benachteiligt und vernachlässigt, obwohl absolut gesehen auch der ländliche Raum positive Fortschritte in Richtung auf die Angleichung an das Lebensniveau der Städte vollzogen hat.

Durch die ungleiche Entwicklung zwischen Ballungs- und ländlichen Räumen gerät der ländliche Raum zusehends ins Abseits, da die ökonomische Entwicklung an diesen Regionen vorbeigeht und das Hinterland immer stärker zu einer entwicklungspolitischen Randregion wird. Durch diese „Entwicklung der Unterentwicklung“ wird den ländlichen Räumen jegliche Chance zu einer eigenständigen Entwicklung genommen und die Abhängigkeit von den Ballungsräumen verstärkt.

Arbeitslosigkeit

Das Hauptproblem des ländlichen Raumes ist das Fehlen von qualifizierten und differenzierten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Durch die geburtenstarken Jahrgänge, die immer noch anhaltende Freisetzung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte (und die damit verbundene Suche nach außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen) werden die hohe Arbeitslosigkeit in den ländlichen Regionen noch verstärken. Die Arbeitsplatzvernichtung durch Rationalisierung, durch Wegzug der Industrie in die sogenannten „Billig-Lohnländer“, der Abzug von Filialbetrieben der Konzerne aus dem ländlichen Raum, die Pleitewelle von Betrieben (vor allem Bausektor), die Einsparung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen beim Handwerk etc. haben ihren Teil dazu beigetragen, dass die Arbeitsplätze im ländlichen Raum (die immer noch eine privatwirtschaftliche Entscheidung sind und von der Willkür der Unternehmungen abhängig sind) und trotz der Förderung von staatlicher Seite nicht mehr geworden sind. Wenn man immer nur die Seite der Arbeitsplatzförderung betrachtet, nicht aber die dazu parallel verlaufende Arbeitsplatzzerstörung im ländlichen Raum, entsteht ein Zerrbild über die wirkliche Effizienz der Förderung.

Ein zweiter Kritikpunkt bei der Arbeitsplatzbeschaffung im ländlichen Raum ist der von den Planern viel zu niedrig angesetzte Anspruch an die Qualität der Arbeitsplätze. In sehr vielen Fällen wird nach dem Motto verfahren, „Hauptsache es bringt

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Arbeitsplätze“, ohne zu untersuchen, welche Qualität diese Arbeitsplätze haben, welche Zukunftsaussichten diese Ausbildungsbetriebe bieten (Marginalbetriebe), welche Folgekosten für die Region entstehen, wie viel noch existierende Arbeitsplätze verloren gehen (z. B. in der Landwirtschaft), welche Monostrukturen gefördert werden (z. B. Textil, Automobil-, Holzverarbeitungsindustrie), in welchem Verhältnis die Arbeitsplätze zu den Arbeitslosen der Region zu dem Landverbrauch für die Industrieansiedlung und zu den Vorleistungen (Infrastruktur) der Gemeinden stehen. Nicht jede Industrieansiedlung fördert das konkrete Umland, hilft die Arbeitslosigkeit abzubauen, schafft qualifizierte Arbeitsplätze und stoppt damit die Abwanderung der Facharbeiter.

Die wenigsten Industrieansiedlungen im ländlichen Raum sind in der Lage die Bedürfnisse der Bevölkerung (Arbeitsplatzsicherheit und damit Wohnungssicherheit, d. h. auf dem Land bleiben zu können; Einkommenssteigerung und Hebung des Lebensniveaus; Verbesserung der Freizeitsituation durch Ausbau der sozialen Infrastruktur etc.) aufzugreifen und zu befriedigen. Nicht selten handelt es sich bei den Industrieansiedlungen um Betriebe, die durch Steuerbegünstigungen, Investitionszulagen und Subventionsförderungen den Standort auf dem Lande gewählt haben, weil sie ohne diese Begünstigungen überhaupt nicht konkurrenzfähig wären und dadurch nur mit kurzfristigem Interesse die Produktion in den strukturschwachen Regionen betreiben. Gehen die Gewinne zurück, so wird verkauft oder dicht gemacht.

Das Versprechen „Arbeitsplätze zu schaffen“ wurde von Seiten der Lokalpolitiker zum Fetisch erhoben, so dass so gut wie nie die Qualität dieser Arbeitsplätze sowie ihre Dauerhaftigkeit und ihr konkreter Beitrag zur Entwicklung der ländlichen Region debattiert wurde. Die Arbeitsplatzbeschaffung wurde für die Industriebetriebe, die sich ansiedeln wollten, zum Alibi, ihre Forderungen auf Förderung durchzusetzen und waren Rechtfertigung genug, jegliche Industrieformen zuzulassen, wenn sie nur Arbeitsplätze versprachen.

Die Motivation der Unternehmer, sich auf dem Lande niederzulassen, ist nicht das strukturschwache Land dadurch strukturstärker zu machen, sondern ihre Vorteile aus dieser Strukturschwäche zu ziehen und durch die vielschichtigen Förderungen ihren privatkapitalistischen Vorteil zu ziehen. Industrieansiedlungen werden nicht vorgenommen, um das Arbeitsplatzangebot zu verbessern und die Infrastruktur weiter zu entwickeln (dies ist immer nur der ideologische Vorwand), sondern ein Maximum an Gewinn zu erzielen. Die wirkliche Bedeutung der Industrieansiedlung wird dran deutlich, dass der Beschäftigungseffekt sehr oft weit hinter den Erwartungen zurückbleibt und die wenigen und unqualifizierten Arbeitsplätze nicht dazu beitragen, ein differenziertes Arbeitsplatzangebot zu erzeugen.

Gerade die sich in letzter Zeit häufenden industriellen Großprojekte (Kernkraftwerke, Teststrecke etc.) tragen nicht dazu bei, die wirtschaftliche Schwäche der Region zu verbessern, sondern fressen viel Land und stellen eine große Umweltbelastung dar,

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

während die qualifizierten Arbeitsplätze jeweils durch eine Umsetzung innerhalb der Konzern besetzt werden und nicht für die ländliche Region vorbehalten sind.

Die ländlichen Regionen werden immer mehr zu Entleerungsräumen. Durch das Fehlen qualifizierter Ausbildungs- und Arbeitsplätze sind viele Jugendliche und Facharbeiter gezwungen in die Ballungsräume abzuwandern. Dieser Bevölkerungsverlust hat für den ländlichen Raum schwerwiegende Folgen:

- durch die Abwanderung gehen den ländlichen Regionen diejenigen Arbeitskräfte verloren, die aufgrund ihrer Qualifikationen ein wichtiges Entwicklungspotential für diese Räume darstellen;
- die durch die Abwanderung verursachte Bevölkerungsimplosion führt langfristig dazu, dass das Steueraufkommen der Gemeinden zurückgeht, damit die Finanzkraft der Gemeinden geschwächt wird und letztendlich die Gefahr besteht, dass die Versorgungseinrichtungen (Infrastruktur) nicht mehr aufrechterhalten werden können.

Dieser Abwanderungstrend hat aber nicht nur ökonomische Auswirkungen, sondern auch soziale Folgen für die Betroffenen (ihre in der Region erworbene Schulbildung kann nicht beruflich auf dem Land genutzt werden; Zwang zur sozialen Umstellung mit Fernpendeln, Umzug in die Ballungszentren) und politische Folgen, indem ein großer Teil auch der politisch Aktiven durch diesen Wegzugzwang die Region verlässt.

Die Überalterung der Bevölkerung, die Lähmung des öffentlichen Lebens, die Vorherrschaft traditioneller Denk- und Verhaltensweisen, der Verlust von neuen Impulsen (z. B. durch eine aktive Jugendarbeit) führt dazu, dass der Provinzialismus wieder Einzug hält und die Provinz wieder stärker zum Hinterland tendiert anstatt endlich aufzuholen. Das politische Bewusstsein wird sich nicht breiter entfalten, wenn die Leute, die es bisher entwickelt haben weggehen. Zurückbleiben wird die traditionelle CDU-Stellvertreterpolitik, die die Leute in Ruhe lässt und dafür in ihrem Namen Politik betreibt.

Der Abwanderungstrend aus den ländlichen Regionen ist aber nicht allein durch die Arbeitsplatzknappheit bedingt, sondern hat noch andere Ursachen wie:

- das große Ausstattungsgefälle zwischen flachem Land und Ballungsräumen (Versorgungsniveau, Freizeitwert, Kulturangebot);
- mehr oder weniger starke Einkommensdisparitäten;
- die unzureichende Qualität der Arbeitsplätze (einseitiges Arbeitsplatzangebot; niedrige Qualifizierung);
- sozialpsychologische Faktoren (soziale Enge, die keine persönliche Emanzipation zulässt; Distanz zum Anpassungszwang durch familiäre und verwandtschaftliche Bindungen);
- die Notwendigkeit wegzugehen, weil es auf dem Land keine Hochschulen oder Weiterbildungsmöglichkeiten gibt.

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Solange die Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land nicht gleichwertig sind, wird dieser Abwanderungsdruck weiter bestehen. Die besonderen Erschwernisse der Landbewohner (Pendlerdasein, große Entfernungen etc.) können nur dann abgebaut werden, wenn das Kapital gezwungen wird zu den Arbeitskräften zu kommen, wenn verhindert wird, dass noch mehr die Region verlassen müssen, wenn in den ländlichen Regionen nicht nur dauerhafte, sondern auch qualifizierte und ökologiegerechte Arbeitsplätze geschaffen werden und zur Durchsetzung dieser Politik im Interesse des ländlichen Raumes ist eine breitere politische Aktivierung der Bevölkerung notwendig, denn diese Politik bleibt sinnlos, wenn sie nicht gleichzeitig ein breiteres Bewusstsein bei der betroffenen Bevölkerung wach rüttelt.

Aus: Geplante Unterentwicklung. In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 5 Januar 1979 Schwerpunkt Verplante Provinz, Seite 10 – 14

Regionalplanung - Provinzverplanung

In den hiesigen Tageszeitungen nehmen die Berichte über Regionalplanung einen gewichtigen Stellenwert ein. In unserem konkreten Fall ist das der Regionalverband Franken, dem das große Interesse, meist der Chefredakteure gebührt, was sich in besonders umfangreichen Artikeln ausdrückt. In diesen Artikeln finden wir oft ausgedehntes Zahlenmaterial, von Standortfaktoren, von Ausgleichsräumen, von Infrastruktur, von Instrumentarium ist die Rede. Das wirkt auf den ersten Blick geordnet, eindrucksvoll, überlegt. Doch was steckt tatsächlich dahinter, wenn man sich mit den An- und Widersprüchen der Regionalplanung näher beschäftigt?

Warum Regionalplanung?

Die erkennbaren Tendenzen der Polarisierung der wirtschaftlichen Entwicklung in Wachstumsgebiete (Ballungsräume) und wachstumsarme Gebiete (ländlicher Raum) machen in ihren unterschiedlichen Auswirkungen, zunehmende Unbewohnbarkeit der Städte, Umweltbelastungen auf der einen, Zersiedelung, fehlende Arbeitsplätze, Abwanderungen auf der anderen Seite deutlich, dass der Markt ohne staatliche Eingriffe nicht mehr in der Lage war, in Stadt und Land entsprechende Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Das machte die staatliche Raumordnungspolitik (Regionalplanung) nötig, die in ihren Zielsetzungen an den sich abzeichnenden Entwicklungsbedingungen des Marktes orientiert wurde.

Was besonders interessiert ist das erklärte Ziel der Regionalplanung, gleichwertige Lebensbedingungen von Stadt und Land zu schaffen, d. h. den Wachstums mäßig zurück gebliebenen ländlich-peripheren Raum der allgemeinen Entwicklung (Stadt) anzugleichen. Dies wurde aus der Sicht der Planer darin verstanden, außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze, also industrielle Arbeitsplätze, durch Industrieansiedlungen im ländlichen Raum zu schaffen. Hier besteht für die Regionalplanung die Aufgabe, Industriebetriebe auch dorthin zu steuern. Die Regionalplaner gehen von der Annahme aus, dass die Standortentscheidungen der Unternehmer vorrangig von den Standortfaktoren im Bereich der Infrastruktur (technische Infrastruktur: Transportwege, Straßen, Boden, Baugelände; soziale Infrastruktur: Krankenhäuser, Schulen, Wohnungen) abhängig sind. Zudem versuchte man diese zur Erreichung des geplanten Strukturwandels und industriellen Wachstums notwendigen Ansiedlungen durch die Instrumente von Investitionszuschüssen und Steuererleichterungen zu erreichen.

Das Warten auf Godot

Die Hoffnungen der Regionalplaner auf verstärkte Industrieansiedlungen im ländlichen Raum (Gradmesser der wirtschaftlichen Entwicklung), welche vor allem die aus der

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte beschäftigten sollten, erwiesen sich als falsch. Die Anzahl der Industriebetriebe hat zwar zugenommen, aber lange nicht in dem vorausgesagten Umfang. Die einzige Alternative qualifizierte Arbeitsplätze zu finden, blieb das Abwandern in die schon überfüllten Ballungsräume.

Die (letzten) Hoffnungen der Regionalplaner basierten hauptsächlich auf der Schaffung von Entwicklungsachsen. Diese Entwicklungsachsen verlaufen entlang Eisenbahnen, wichtigen Straßen, Autobahnen zwischen Städten und Kleinstädten, die als Ober-, Mittel-, Unter- und Kleinzentren ausgewiesen wurden. Diese Zentren sollten das Wachstumspotential repräsentieren, d. h. die finanziellen Mittel zur Errichtung der Infrastruktur werden beschränkt auf die Kleinstädte in den Entwicklungsachsen verteilt, während die Kleinstädte und Dörfer außerhalb der Achsen von dieser verstärkten Förderung ausgeschlossen blieben. Die von den Zentren mit Hilfe der staatlichen Mittel erschlossenen Industriegebiete, die schon lange auf den Besatz durch Industriebetriebe warten, sind klare Anzeichen von der Wirkungslosigkeit der Entwicklungsachsenpolitik.

Die Planungserwartungen auf Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich haben sich nur als räumliche Umverteilung der sowieso schon vorhandenen staatlichen Arbeitsplätze erwiesen. Das Stöhnen der Politiker über die Abwanderung aus der Provinz in die Städte macht deutlich, wo nun zusätzlich als Folge der vermehrten Ausgaben der Schuh drückt: die steigenden Kosten und sinkenden Mittel zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur (Kanalisation, Kindergärten usw.) sind für die Gemeinden bei immer weiter fallenden Einwohnerzahlen, häufigen Konkursen oder Betriebsstilllegungen zu einem kaum lösbaren Problem geworden.

Qualifizierte Arbeitsplätze?

Welche Art von Betrieben sind denn nun tatsächlich auf dem Hinterland? Hier ist vor allem im Hinblick auf die Aufgabe der Regionalplanung, gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen interessant, von welcher Qualität die geschaffenen Arbeitsplätze sind und ob das propagierte Ziel erreicht wurde.

Hier fällt ins Auge, dass es sich meistens um Fertigungszweige mit lohnintensiven Produktionen handelt, die zum großen Teil Zweigbetriebe größerer Firmen sind. Diese Betriebe beschäftigen aber im Durchschnitt weniger Arbeiter und Angestellte als die im gleichen Zeitraum in den Ballungsräumen entstandenen Betriebe, da unter anderem die Verwaltungen nicht mit ausgelagert wurden. Zum anderen sind es Betriebe, die eine arbeitsintensive (Frauenarbeit, Leichtlohngruppen) und nicht mit großen technischen Investitionen verbundene Betriebsstruktur haben. Bei Neugründungen von Klein- und Mittelbetrieben handelt es sich vornehmlich um solche, denen auf Grund einer gegenüber alteingesessenen Kleinbetrieben kürzere Lebensdauer beschieden sind.

Es ist deutlich zu sehen, dass das angebotene Arbeitsplatzpotential nicht dem entspricht, was die Regionalplanung den Landbewohnern versprochen hat. Statt gleichwertiger Lebensmöglichkeiten werden auf dem Land Arbeitsplätze minderer Qualität geschaffen, die zudem durch Rezessionen stark gefährdet sind, da die ausgelagerten Zweige größerer Firmen in Gefahr laufen, bei schlechtem Konjunkturverlauf stillgelegt und in die Zentren zurück verlegt zu werden. Betriebsansiedlungen im ländlichen Raum sind also nicht in erster Linie von den vorgegebenen staatlichen Infrastrukturleistungen abhängig, sondern viel mehr bewusstes Resultat kalkulierter Standortoptimierung, deren Grundlagen die besonders niedrigen Bodenpreise, das niedrige Lohnniveau und das durch die hohe Arbeitslosigkeit und durch die Freisetzen aus dem landwirtschaftlichen Sektor vorhandene Arbeitskraftreservoir.

Aufgabe der Dörfer?

War es in den fünfziger und sechziger Jahren noch das erklärte Ziel den ländlichen Raum (Dörfer) zu erhalten und zu stärken, so wurde durch den Wandel der staatlichen Struktur- und Agrarpolitik (Interesse der damals blühenden Industrie an Arbeitskräften, massenhaft Importe aus der Dritten Welt, durch Einführung einer Förderschwelle nur noch Förderung landwirtschaftlicher Betriebe ab einer bestimmten Größe, staatliche Politik der Mobilität) und der zunehmenden Industrialisierung und Spezialisierung der Landwirtschaft (technologischer Zwang, teurer Maschinenpark, Anbau in speziellen Regionen, Höfe mit spezifischer Produktionsweise) der Niedergang der Dörfer herbeigeführt. Zwar wurde der Lebensstandard der Menschen im Wohn-, Konsum- und Luxusbereich angehoben, aber die Dörfer degenerierten durch die Umwandlungsprozesse der sozialen und ökonomischen Strukturen (Pendler, Feierabendbauern, kein ortsansässiges Handwerk mehr) fast zu reinen Wohnorten, deren wirkliche Verödung durch Sanierungen und Wettbewerbe (Unser Dorf soll schöner werden)) übertüncht werden.

Durch die Beschränkung der Entwicklungspotentiale auf die Entwicklungsachsen werden die kleineren Dörfer (unter 3000) praktisch aufgegeben. Darüber können keine noch so aufwendigen Broschüren (Dorfentwicklungsprogramm der Landesregierung) hinwegtäuschen. Im Regionalplan wird dem Raum neben den Entwicklungsachsen nur noch eine funktional-kompensatorische Bestimmung zugeteilt. Die als arbeitsteilige Leistungsgemeinschaft deklarierte Region, mit den qualifizierten Industriearbeits- und ausbildungsplätzen, dem Dienstleistungsbereich, Verwaltungen in den Städten, lässt dem ländlichen Raum nur noch die Etikette als natürlichen Ausgleichsräumen (ökologische Nischen, Biotop, Erhaltung von Natur, Bodenressourcen, Trinkwasserversorgung, Erholung, Fremdenverkehr) übrig.

Was passiert mit dem Hinterland?

Die Zukunftsaussichten des ländlichen Raumes werden auch durch die ideologisch verbrämten Aussagen im Regionalplan nicht besser. Die heilige Kuh der sozialen Marktwirtschaft, die individuelle Entscheidungsgewalt des Unternehmers, der sich bei seinen Versuchen Profite zu maximieren einen Dreck um Infrastruktur scheren wird und kann, kann durch das vorhandene Planungsinstrumentarium (Investitionszuschüsse, Steuererleichterungen, kommunale Infrastruktur) nicht im propagierten Sinne beeinflusst werden, im ländlichen Raum eine ausgewogene Industrialisierung zu erreichen. Von Seiten der CDU, SPD und FDP ist trotz großen Rätselratens, was zu tun ist, nicht beabsichtigt, diese Planungsinstrumentarien grundsätzlichen Veränderungen zu unterwerfen.

Welche Lösung die Regionalplanung dem ländlichen Raum letztendlich beschere wird, zeigen in Vorgänge in Whyll, Brokdorf, Schwabhausen ... Die Schaffung von Arbeitsplätzen erschließt sich fast ausschließlich auf die Bereiche der Marginal- und Abfallindustrie (Atomkraftwerke, Mülldeponien, Teststrecken, Industrien mit nicht qualifizierten Arbeitsplätzen). Diese Fremdkörper, die keine adäquate Arbeitsplatzqualität bringen, werden dann auch noch von den kommunalen Schmalspurpolitikern als die Chance der Region gut geheißen. Von einer Gleichwertigkeit der Arbeits- und Lebensverhältnisse ist hier schon lange keine Rede mehr.

Alternative Regionalplanung?

Inwieweit kann die Regionalplanung, die in ihrem spezifisch kapitalistischen Funktionszusammenhang den Gegensatz von Stadt und Land nicht adäquat im Sinne der Erreichung von Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse unter Beibehaltung der besonderen Eigenheiten des ländlichen Raumes lösen kann, sondern ihn vielmehr unter dem Vorzeichen einer städtischen Kolonialisierung zubetoniert, alternativ genutzt werden? Welche Möglichkeiten gibt es, Betroffene direkter in die Regionalplanung einzubeziehen? Z. B. Einbeziehung des DGB?

Das große Manko ist, dass diese Überlegungen zwar zu begrüßen sind, aber dann müsste auch erkannt werden, was Regionalplanung bedeutet, in welchem Zusammenhang sie eingebettet ist, um wirksam, auch auf Planungsebene, in solche Prozesse eingreifen zu können. So hat der DGB zur Regionalplanung überhaupt noch keine eigenständigen Vorstellungen eingebracht.

Für uns von TRAUM-A-LAND kann das also nicht bedeuten, herzugehen um einen Alternativregionalplan zu formulieren und jetzt über die Bevölkerung hinweg sie alternativ zu verplanen. Sicher ist es wichtig allgemeine alternative Tendenzen aufzuzeigen (siehe TRAUM-A-LAND Nr. 4 Grundsatzprogramm der

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Interessensgemeinschaft „12 Artikel zu Schwabhausen“), aber das Einnehmen einer Planungsebene kann nicht unser Ziel sein. Vielmehr müssen wir weiterhin an den Bruchstellen ansetzen, wo die Bevölkerung anfängt, Widerstand zu leisten, um zusammen mit den Betroffenen Alternativen aufzuzeigen und zu entwickeln (z. B. die Zusammenarbeit mit der Interessensgemeinschaft, siehe TRAUM-A-LAND Nr. 4). Nur so können wir unsere Phantasie, unsere Lebendigkeit, unser politisches Bewusstsein einbringen, um Alternativen zu schaffen, die erlebt, erfahren werden und die fruchtbare Basis für weiterreichende Veränderungen sind.

Aus: Regionalplanung – Provinzverplanung. In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 5 Januar 1979 Schwerpunkt Verplante Provinz, Seite 5 – 9

Teststrecke – Nein Danke!

- Was gibt es Neues aus Schwabhausen

- Die Teststrecke soll noch größer werden als bisher bekannt, nämlich nicht 640 ha, sondern 750 ha, das entspricht der zweifachen Größe der Kernstadt von Würzburg;
- Laut einem Flugblatt, das die Kommunalentwicklung BaWü, die die Planungsbehörde des Daimler-Benz-Projektes im November an alle Haushalte verteilen ließ, ist durch den Bau der Teststrecke mit keinerlei Benachteiligung für Natur und Mensch in dieser Gegend zu rechnen. Auch künstlich aufgeschüttete Dämme von 20 m Höhe würden das Landschaftsbild nicht beeinträchtigen;
- Den Daimler-Planern gingen die Argumente aus: bei den Bürgeranhörungen in Bobstadt, Assamstadt und Schwabhausen wussten sie nur auf wenige der 26 Fragen der IG zur Teststrecke eine Antwort;
- Daimler-Benz hat einen Sonderbeauftragten für den Raum Boxberg eingesetzt. Er soll schon desöfteren im Rathaus gesehen worden sein. Dieser Daimler-Statthalter soll die Stimmung unter der Bevölkerung beobachten und verkaufswillige Eigentümer von Grundstücken aufspüren. Daimler lässt sich die Teststrecke einiges kosten.
- Bürgermeister Zipperle, der immer noch nicht gemerkt hat, welche Schachfigur er im Daimler-Benz-Teststrecken-Spiel mit dem Tod ist, braucht neuerdings massive Schützenhilfe aus den eigenen Parteilisten: Leserbriefe tragen so z. B. bereits drei Namen (Rühl, Zipperle, Scherer) und die Verteidigungsreden im Kreistag werden immer waghalsiger (z. B. behauptet Landrat Rühl, dass 150 Arbeitsplätze und das „Drumherum“ (womit wohl nichts anderes gemeint sein kann als die Touristenattraktion Teststrecke) mehr sei als 500 Arbeitsplätze. Diese Argumentation zeugt von einem großen Realitätsverlust der verantwortlichen Lokalpolitiker;
- Daimler-Benz will eine Million für 30 Ausbildungsplätze für das Fließband in Untertürkheim bereitstellen, um der Forderung nach Ausbildungsplätzen nachzukommen. Was sind aber 1 Million gegen die 24 Millionen, die die Ansiedlung von Daimler-Benz den Steuerzahler kostet (20 % Subventionshilfe vom Land für die Ansiedlung im strukturschwachen Raum); für dieses Geld könnten mehrere überbetriebliche Ausbildungsstätten geschaffen werden und das Problem der Lehrstellenknappheit im ländlichen Raum beseitigt werden.
- Die Landjugend ist ganz anderer Meinung als der Bauernverband. Sie sprach sich gegen den CDU-Filz im Kreis zwischen Bauernverband und Partei aus und forderte in ihrer Stellungnahme vom 30.12.1978 eine offensive Vertretung der Interessen der Bauern und nicht des Daimler Konzerns durch den Bauernverband;
- Durch die Verpflichtung der Wyhler-Anwälte und Verwaltungsspezialisten hat die Interessensgemeinschaft nun auch in der juristischen Auseinandersetzung

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

einen starken Rückhalt erhalten.

- Die SPD hat sich für die Teststrecke im Main-Tauber-Kreis, nur nicht unbedingt auf diesen Böden ausgesprochen. Die FDP, vor allem in Baden-Württemberg, nicht unerheblich von den Wahlkampfspenden von Daimler-Benz abhängig, versucht sich als Vermittler aufzuspielen und preist die Teststrecke in der Verpackung der 1 Million-Ausbildungsförderung an. Die FDP ist damit auch nur ein Instrument der Konzernpolitik.

Aus: Teststrecke? – Nein Danke! Was gibt es Neues aus Schwabhausen. In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 5 Januar 1979 Schwerpunkt Verplante Provinz, Seite 15 – 16

Gründung der Genossenschaft BUNDSCHUH

Die Gründung der Genossenschaft BUNDSCHUH verfolgt hauptsächlich drei Ziele:

1. Die Stärkung des inneren Zusammenhalts in der Interessengemeinschaft und die Bereitstellung von Finanzmittel für die laufenden Auseinandersetzungen (z. B. Prozesskosten).
2. Die Schaffung von Geldmitteln, die die Bauern in die Lage versetzt, Grundstücke zu erwerben oder zu pachten.
3. Die Werbung neuer Mitglieder, die durch ihre finanzielle Einlage (mindestens 100 DM Anteil) den Kampf der Bauern unterstützen.

Die Genossenschaft schüttet keine Gewinne aus und finanziert ihre laufenden Kosten durch die Zinsen der Kapitalanlage. Der eingezahlte Fond (Anteile der Mitglieder) soll nur im Notfall zur Prozesskostendeckung verwendet werden.

Die Genossenschaft, die nicht ohne Grund dem Namen des BUNDSCHUHS verpflichtet ist, soll den Kampf der Bauern materiell absichern und für nicht unmittelbar Betroffene eine Chance bieten, sich durch praktische Unterstützung des BUNDSCHUHS mit den Bauern zu solidarisieren.

Die Gründungsversammlung der Genossenschaft erfolgte am 11. 1. 1979 in Schwabhausen. Bisher sind 4 Leute von uns eingetreten. Wir hoffen, es werden noch mehr.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, dass sich die Auseinandersetzung 1979 verschärfen wird. Auf juristischer Ebene wird es ein Bündnis mit den Gegnern des Ausbaus der B 292 geben, deren Einspruch zusammen mit dem der Interessengemeinschaft von den Wyhler Rechtsanwälten eingelegt wird.

Über die Genossenschaft wird der aktive Stamm verbreitert und noch intensiver wie bisher die Auseinandersetzung auf die umliegenden Dörfer ausgeweitet. Durch die Anmietung eines Hauses durch die Genossenschaft soll ein Anlaufzentrum geschaffen werden, das als Büro und Übernachtungsmöglichkeit für interessiert Auswärtige dienen soll. Durch den bundesweiten Kontakt zu anderen Bürgerinitiativen (z. B. Wyhl) ist auch auf dieser Ebene mit weiterer Unterstützung zu rechnen.

Die Interessengemeinschaft wird über den BUNDSCHUH auch lokal (durch Veranstaltungen mit der Wyhler BI und ihrem Film „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv“, mit Diskussionen über den Bauernkrieg und anderen Kulturveranstaltungen und regional mit Informationsveranstaltungen in den Jugendzentren (Wertheim, Krautheim, Dörzbach ...) und in der Kreisstadt an die Öffentlichkeit treten.

Im Mittelpunkt der lokalen Auseinandersetzung wird die juristische Auseinandersetzung mit Daimler-Benz, die Verhinderung weiterer

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Grundstücksverkäufe und die Pachtung von landwirtschaftlichem Gelände durch die Genossenschaft stehen. Die geplanten Aktivitäten lassen einiges erwarten: der BUNDSCHUH ist gerüstet. Daimler wird nicht kommen. Daimler-Kredite sind dann Schulden-Kredite (ein Tipp für alle Befürworter der Teststrecke).

Aus: Bundschuh – Gründung land- und forstwirtschaftlicher Genossenschaft. In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 5 Januar 1979 Schwerpunkt Verplante Provinz, Seite 16 – 17

Wagenburg

- Bundschuh-Heerscharen erobern den Seehof zurück

Trotz herbstlich kühler Witterung waren viele zu dieser Veranstaltung der Bundschuh-Genossenschaft gekommen. Die beiden Aussiedlerhöfe inmitten des Testgeländes waren durch eine doppelte Wagenburg umringt. Überall waren bewaffnete Bauern in Bewegung. An die Wagen angebunden waren Ziegen und Schafe, die vor allem von den Kindern gestreichelt und gefüttert wurden. Im Kernpunkt der Höfe loderte ein Lagerfeuer, an dem sich viele Besucher aufwärmten. Alte Schanzkarren, ein historischer Pflug mit einer wehenden Bundschuhfahne – das Symbol des Bundschuh Schwabhausen – und ein historischer Planwagen füllten das Innere der Höfe. In der Festscheuer herrschte sei 11 Uhr reges Treiben.

Die Veranstaltung wurde durch eine Rede von Herbert Hettinger eröffnet. ... Nach dieser Ansprache spielte die Amorbacher Folkloregruppe Slack Season auf. Die brachte in einer Uraufführung ein neues Schwabhausen-Lied. Den Mittag über verbrachten die meisten in der Festscheuer, wo es Grünkernsuppe, biologisches Vollkornbrot und Blotz gab. Um 14 Uhr wurde in der Festhalle kurz über den aktuellen Stand des Widerstandes informiert. ...

Nach dieser Kurzinformation drängte alles aus der Festscheuer hinaus, denn man bekam die Kunde, dass der Seehof von Daimler-Benz besetzt worden sei, dass man nun ausrücken müsse, um dieses Land zurückzuerobern. Zu diesem Zweck verwandelte sich das Heerlager plötzlich in ein stehendes Bauernheer. Mit der Kanone wurde der 500 m entfernte Seehof sturmreif geschossen und der Bauernhaufen setzte sich in diese Richtung in Bewegung. An der Spitze marschierte die Abteilung des Bundschuhs mit Dreschflegel, Hellebarden und Morgensternen bewaffnet. Auch zwei Bauern zu Pferd und ein Troß-Plan-Wagen begleitete den Zug. Kurz vor dem Seehof sammelte man sich, um dann im Sturm auf den Hof zurückzuerobern. Nachdem der ganze Haufen der 600 Beteiligten eine Runde auf dem Seehof-Gelände hinter sich gebracht hatte, versammelte man sich zu einer kurzen Ansprache über den Sinn der Aktion und die Bedeutung des Seehofes. Es wurde daran erinnert, dass auch 1848 derselbe Fürst zu Leiningen, der den Seehof an Daimler verkauft hat, von den Bauern dieser Gegend einen Sturm auf das Rentamt in Boxberg erleben musste. Nach diesen kurzen Erläuterungen blies man zum geordneten Rückzug ins Heerlager.

Dort angekommen bot sich die Möglichkeit verschiedene Videobänder von Fernsehsendungen mit dem Bundschuh anzuschauen. Der ganze Nachmittag brachte insgesamt über tausend Besucher. Sehr erfreulich war, dass diesmal viele und viel neue Leute aus der Region und dem näheren Umland gekommen waren. Auch einige biologisch produzierende Bauern waren angereist.

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Aus: Wagenburg – Bundschuh-Heerscharen eroberten den Seehof zurück. In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 10 November-Dezember 1979
Schwerpunkt Landwirtschaft, Seite 37

Bundschuh gegen Teststrecke

- Polizei gegen Bundschuh & Not- und Widerstands-Parlament

Die Auseinandersetzung um die Teststrecke hat sich im Mai deutlich verschärft, denn es kam zum ersten Mal zu einem massiven Zusammentreffen von Staatsgewalt und Bürgerinitiative. Ausgelöst wurde diese neue Stufe der Konfrontation durch eine Aktion des Bundschuhs, der am 12. Mai die Räume, in denen der Gemeinderat den Bebauungsplan verabschieden wollte, besetzt hatte. An diesem Montag-Abend saßen an den Plätzen, an denen sonst über die Bevölkerung beschlossen wird, die betroffene Bevölkerung selbst in einer Art „Not- und Widerstands-Parlament“, während der Gemeinderat rat-los draußen vor der Tür stand. Während die Bundschuhmitglieder ihre Aktionen begründeten und sich auf eine Polizei-Auseinandersetzung vorbereiteten, zog die Polizei in zwei Stunden 35 Beamte zusammen, die dann versuchten die Gemeinderatssitzung auf der Bühne der Aula durchzufechten. Durch eine Polizeikette geschützt wollten die Volksvertreter auf der Bühne die Beschlüsse durchdrücken. Doch soweit kam es nicht, denn der Bundschuh sorgte für einen Höllenlärm, wobei er von 10 extrastarken Schiedsrichterpfeifen unterstützt wurde (eine reicht ansonsten für ein Stadion) und der Polizei und dem Stadtrat derartig zusetzte, dass das Trauer-Schauspiel auf der Bühne in 5 Minuten zuende war und der Gemeinderat von diesem Podium – von Polizei eskortiert – abtrat. Der Bundschuh hatte sie aus- und heimgepfeifen. Diese offensichtliche Niederlage der Staatsgewalt und die Verunsicherung der wild zusammengezogenen Beamten hat dann draußen wohl zu dem Einsatz der Chemischen Keule (Kampfgas) geführt. Vorausgegangen war eine Blockade des Autos von Bauern-Feind Zipperle, der bei Abfahren eingekellt wurde. Ohne Vorwarnung spritzten die Grünröcke auf die vor dem Auto sitzenden Leute, so dass 10 davon später in ärztliche Behandlung (Augenverätzung) gehen mussten.

Mit einer solchen Aktion des Bundschuh hatten Gemeinderat und Polizei nicht gerechnet. Diese Aktion war ein gelungener Überraschungsangriff, der sie völlig unvorbereitet traf und deshalb voll gelungen, denn der Bundschuh hatte sich gut vorbereitet.

Dass es keine Wiederholung einer solchen Besetzung und Sitzungs-Sprengung mehr kommen könnte, war spätestens eine Woche später klar, als die Gemeinderatssitzung in Assamstadt unter starkem Polizeiaufgebot stattfand.

Noch viel klarer wurde dies am Mittwoch (21.5.1980) in Unterschüpf, als der zweite Anlauf zur Verabschiedung des Bebauungsplanes angesetzt war. Das Dorf glich einer Festung: Polizeisperren und Kontrollen an allen Ortseinfahrten (selbst Feldwege), eine Befestigung des Unterschüpf Schlosses, in dem die Gemeinderatssitzung stattfand, Polizei mit Helmen, Schildern, Schlagstöcken, Polizei in Zivil, mit Hubschrauber und einem Reservelage auf dem Unterschüpf Flugplatz.

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Hier wurde jede Aktion zur Störung der Sitzung im Keime erstickt. Deshalb hätte der Bundschuh seine Taktik ändern müssen und sich zu diesem Polizeiaufgebot, zu der breit vorhandenen Öffentlichkeit (Presse, Rundfunk, Fernsehen) äußern müssen und die durch die Aktion vom 12. Mai in Boxberg entstandene Öffentlichkeit und Popularität nun politisch auswerten müssen, um seine Position deutlich zu machen. Dies geschah aber nicht: während um 16.00 Uhr immer mehr Bundschuh-Genossen (es war ja schließlich für ein Groß-Ereignis mobilisiert worden) sich in Unterschüpf versammelten, einige sich frei genommen hatten und von weit angereist waren, war von den Schwabhäusern nichts zu sehen. Die Leute waren ohne Information gelassen worden, wussten nicht, ob sie nun in den Saal hineingehen sollten oder nicht. Als schließlich um 16.30 die Schwabhäuser kamen, hieß die Parole unverständlicherweise: alles versammelt sich auf den Aussiedlerhöfen. Wir ziehen ab. Diese Parole war völlig unverständlich. Es kamen jede Minute neue Leute in Unterschüpf an. Wir konnten hier nicht abziehen. Die ganzen Leute wären sich verarscht vorgenommen. Wir mussten präsent sein als sichtbarer Anlaufpunkt und auch für die Öffentlichkeit (Medien). So blieben wir vor dem Schloß in Unterschüpf stehen und wurden immer stärker frustriert, denn nichts passierte, keine Pfiffe, kein Buhruf, als der Beschluß des Bebauungsplanes über den Lautsprecherwagen der Polizei bekannt gegeben wurde; kein sichtbares Zeichen des Bundschuhs (außer eine einsame Bundschuhfahne und ein paar Transparente der Grünen aus Rems-Murr), keine Rede, keine Aktion – Totentanz, erstickte Spontaneität, übermächtige Polizei, Ohnmachtgefühle. Der Bundschuh hatte vor diesem Aufgebot kapituliert: er nicht fähig trotz Polizei zu handeln, trotz der kritischen Situation einen kühlen Kopf zu bewahren und zu handeln (sich selbst darzustellen, die Leute zu ermuntern, die Ziele des Widerstandes zu erläutern). Stattdessen fühlten sich die Leute allein gelassen und überflüssig. Wie ein Hohn mag es da anklingen, wenn davon die Rede war, nun zu den Aussiedlerhöfen zu fahren und dort zu feiern(?). Was feiern? Die Niederlage? Die alten Feste der großen Sprüche, die Kämpferposen der Bauernkriegshelden bei Bier und Spielen, ohne Polizei und Zwang zum politischen Handeln – die heile Welt der Kampfmoral der edlen Menschen gegenüber den Umweltverbrechern und Staats-Gewalten?

Ich glaube es wird Zeit, dass der Bundschuh die Kostüme auszieht und vom Spiel zum Spiel der Wirklichkeit kommt, dass die Aktion in Unterschüpf Anlaß ist, die politische Strategie wieder ins Auge zu bekommen.

Wichtigstes Ziel dürfte dabei in diesem Jahr sein, endlich einen regionalen Durchbruch zu erzielen und mehr Leute in der Region zu informieren und damit zu gewinnen. Wege dazu sind:

- Monatliche Info-Stände in den Kleinstädten (Mergentheim, Tauberbischofsheim, Wertheim),
- Ein regionales Bundschuh-Fest evtl. auch mit Blasmusik, wo die ortsansässige Bevölkerung kommt,
- Ein Wandzeitungs-Plakat, das in großen Lettern gut verständlich die Ziele des

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Bundschuh umreißt und in hoher Auflage gedruckt in jedem Dorf aufgehängt wird.

Auch unsere nächste Aktion darf nicht mehr im Ghetto der Aussiedlerhöfe stattfinden, sondern muß die Öffentlichkeit der Dörfer miteinbeziehen. Gedacht ist an eine Fahrrad-Rundfahrt rund um die Teststrecke (von Schwabhausen, Wölchingen, Boxberg, Schweigern, Bobstadt, Assamstadt, Windischbuch, Schwabhausen). Diese Strecke von ca. 25 km sollte bei der nächsten Bundschuh-Aktion zurückgelegt werden und danach soll ein Fest in Schwabhausen laufen.

Eine solche Aktion ist wirkungsvoller als die Feste mit Fest-Reden und Massenbesuch ohne politisch auf die umliegende Bevölkerung zu wirken. Wir glauben auch, dass viele Leute mehr tun wollen, als nur die Feste des Bundschuhs zu besuchen. Hier können sie mehr tun.

Darüber hinaus sollte der Kontakt zwischen Freundeskreisen und Bundschuh-Lokal verbessert werden und sich die aktiven Leute vielleicht mal zu einer Strategiediskussion treffen (Dies ist bei anderen BI's auch üblich).

Es bleibt noch nachzutragen, dass der Bundschuh mit einer Alternativen Liste bei der Kommunalwahl antrat.

Aus: Bundschuh gegen die Teststrecke. In: TRAUM-A-LAND Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 14 Juli-August 1980 Schwerpunkt Drogen, Seite 26 – 28

Der Bundschuh-Widerstand - Wiederbelebung der Bauernkriegstradition?

Seit dem Frühjahr 1978 wehren sich im "Badischen Frankenland" Bauern, Jugendliche und Umweltschützer gegen die geplante Daimler-Benz-Teststrecke im Raum Boxberg. Seit ihrer ersten Aktion im Frühjahr 1978 begleitet das Bundschuh-Symbol den Widerstand. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, wenn auch die Organisation des Widerstandes, die Bundschuh-Genossenschaft, diesen Namen trägt. Sie wurde im Januar 1979 zur Verbreiterung des Widerstandes gegründet und versucht, durch Bundschuh-Anteile die Kosten des Widerstandes (Prozeßkosten, Öffentlichkeitsarbeit) auf möglichst viele Personen zu verteilen.

Das Bundschuh-Symbol wurde zum Wappen dieser Bewegung. Der Pflug, das Wappen des Dorfes Schwabhausen, das Zentrum des Widerstandes ist, wurde mit einer Bundschuh-Fahne verziert und somit zum Symbol des politischen Widerstandes gegen die Teststrecke. Dieses Emblem taucht in allen Publikationen des Bundschuhs auf und zielt in tausendfacher Auflage viele Fahrzeuge als Aufkleber. Bei jeder Veranstaltung des Bundschuhs tauchten neue Bundschuh-Fahnen auf, die nicht nur Symbole dieses Kampfes, sondern zu einem generellen Widerstands-Symbol der politischen Bewegung wurde.

Der Bezug zum Bauernkrieg in Franken wurde in Schwabhausen im Juni 1979 aktuell und konkret hergestellt, als die Badische Landesbühne in einer begeisternden Freilichtaufführung neben dem Gemeindehaus die Bauernoper von Yaak Karsunke aufführte. Dies war ein Schritt zu einer neuen Dorfkultur, die politischen Widerstand, Geschichte und Dorffest in eine neue Verbindung zueinander brachte. Auf dem Hintergrund des aktuellen Widerstandes war diese Aufführung ein besonderes Politikum und eine praktische Unterstützung.

Spätestens seit September 1979 wurde dann die Verbindung "Bauernkriegstradition und Bundschuh-Widerstand" geschlossen. Der Bundschuh hatte zu einem Bauernheerlager mitten im Testgelände aufgerufen. Die beiden Aussiedlerhöfe, die strategischen Punkte des Widerstandes, wurden dazu befestigt: eine Wagenburg wurde errichtet, eine Kanone schußbereit in Stellung gebracht, Dreschflegel, Gabeln und Hellebarden standen bereit. In diesem echten Rund lagerte der Bauernhaufen, wurde heiße Suppe gereicht, viel geredet.

Bauern in der Tracht der Bauernkriege, Bundschuh-Fahnen, Tiere in der Wagenburg, Planwagen und Geschütz ließen eine Scene aus dem Bauernkrieg lebendig wiederentstehen. Der Ausfall dieses Haufens hinüber zu dem Seehof, der bereits vom Fürst Leiningen-Amorbach an Daimler-Benz verkauft wurde, und an diesem Nachmittag symbolisch besetzt und von den Bauern mit Pferden, Planwagen und Hellebarden zurückerobert wurde, was faszinierend und hat den Bundschuh bundesweit durch seine phantasievollen Aktionen bekannt gemacht.

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Dieser Bauernhaufen unterschied sich von allen anderen Dorffesten mit Bauernlager, die sonst in der Region stattfinden dadurch, daß hier nicht nur gespielt wurde, sondern der Ernst, aber auch Spaß, einer politischen Aktion mitwirkte und dadurch mehr als nur ein folkloristische Show-Einlage ablief. Im Mai 1980 wurde auf den Aussiedlerhöfen im geplanten Testgelände während eines Bundschuh-Festes ein Bundschuh-Baum errichtet.

An ihm baumeln viele Bundschuhe, die Bundschuh-Freunde mitgebracht haben und die deutlich zeigen sollen, daß dieses Land vom Bundschuh besetzt ist. Sollte diese symbolische Abschreckung nicht ausreichen, so werden diese Bundschuhe wieder lebendig werden, indem sie von den Bundschuh-Genossen wieder angezogen werden und damit zu den Füßen des Widerstandes gehören.

Die Symbolik ist ein wesentliches Identifikationsmoment mit diesem Widerstand. Bundschuh-Fahnen und bunte Regenbogenfahnen, die Symbole des Bauernkrieges, sind in der Ökologiebewegung zu Symbolen des neuen politischen Widerstandes gegen Provinzverplanung und Umweltzerstörung geworden. Diese symbolische Anknüpfung ist aber keineswegs deckungsgleich mit einer bewußten geschichtlichen Wiederaufnahme.

Der Bezug des Teststrecken-Widerstandes auf den Bauernkrieg war am Anfang diffus: Der Bauernkrieg hatte 1525 stattgefunden und heute gibt es wieder Widerstand von Bauern, deshalb das Auftauchen der Bundschuh-Fahne. Im Laufe des Widerstandes wurde der historische Bezug konkreter und schärfer. Die Geschichte wurde im Verlauf der Auseinandersetzung wieder gelernt.

Eine wichtige Rolle spielte dabei die Provinz-Regionalzeitung "Traum-a-Land", die vom Regionalzusammenschluß der Jugendzentren und JZ-Initiativen Franken-Hohenlohe herausgegeben wird, indem sie immer wieder durch Verwendung von Bauernkriegsholzschnitten, Texten, Montagen, die Verbindungen von Geschichte und Gegenwart herstellte. Wesentliche Lernimpulse innerhalb der Bürgerinitiative gingen vom Sprecher des Bundschuhs und einem durch den Widerstand politisierten Bauern aus.

Durch die Symbolik der Aktionen wurden diese Lernprozesse noch verstärkt. Die Wiederbelebung des Bauernkrieges wurde zu einem wesentlichen Stabilisierungsfaktor und Identifikationspunkt des Bundschuhs, der mit dieser Verbindung von Geschichte und aktuellem Widerstand seine besondere Attraktion unter den großen Bürgerinitiativen erlangt hat.

Der Teststrecken-Widerstand ist dabei ein wichtiges Moment der Re-Aktivierung und Wieder-Bewußtmachung von Geschichte in unserem Raum. Der Bauernkrieg hat dadurch bei vielen Jugendlichen an Interesse gewonnen. Dieser Anknüpfungspunkt an die verschütteten Traditionsinhalte des Bauernkrieges kann ein wichtiger Durchgang zu einer neuen Sichtweise des Bauernkrieges in der Region und anderswo werden, wenn das aufgebrochene Bewußtsein für Regionalgeschichte, Heimat und Provinz innerhalb der Linken es schafft, die alte Kultur von Unten aktiv und nicht nur rezeptiv in aktuelle politische Bewegungen mit einzubringen. In der Verknüpfung von Bundschuh-Genossen-

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

schaft und Traum-a-land e.V. scheint diese Synthese gelungen. Das jahrelange Ausharren von politisierten Jugendlichen in der Provinz, die trotz der Versuchungen der Großstädte in der Region geblieben sind und dort schwierige Provinzarbeit realisierten und ihre Lebensformen zu verwirklichen suchten, war die Voraussetzung dazu. Auch der aktuelle Widerstand von Unten hat seine Geschichte. (ca. 1980)

Der neue Bauernkrieg in Franken - Über den Fortgang des Bundschuh-Widerstandes 1978-1987

Der langjährige Widerstand gegen eine geplante Teststrecke der Daimler-Benz AG im fränkischen Boxberg (Baden-Württemberg) war für diesen bis dahin Provinz gebliebenen Raum, indem noch traditional bestimmte Kulturformen und Lebensverhältnisse den Alltag beherrschten, eine Art "nachholende Revolution" (Jürgen Habermas) im regionalen Maßstab. Ein Teil der Bevölkerung, wenn auch der wesentlich kleinere, artikulierte das Recht einer Region auf ihre besondere Singularität, verteidigte die "minoritären Differenzen" (Jacques Derrida) gegen übermächtig scheinende Verheißungen der längst in die Krise geratenen Industriemoderne der siebziger Jahre. Die umweltbelastenden, raumverbrauchenden Konsequenzen eines naiv-universalistisch auftretenden Fortschrittsglaubens, die gigantischen Flächenbedürfnisse der sich heraus kristallisierenden "Industriefolgensgesellschaft" (Ulrich Beck), bei der Stadtbevölkerung auf immer geringere Akzeptanz stoßend und damit in den urbanen Agglomerationen kaum noch durchsetzbar, sollten und mußten Ende der 70er Jahre in funktionalistisch räumlicher Arbeitsteilung auf's Land verlagert werden. Dort glaubten die Landespolitiker - auf geringen Widerstand hoffend - bei christlich konservativen Bevölkerungsschichten und in landwirtschaftlich geprägten Sozial- und Kulturmilieus breite Zustimmung zu finden, mit Arbeitsplatzversprechungen die aufzubürenden zusätzlichen ökologischen Belastungen verdrängen zu können und im Stande zu sein, im blitzkriegsartigen Handstreich ihre Projekte durch die Kommunalparlamente zu jagen und durchzusetzen.

Die selten erfahrbaren Doppeleigenschaften und -möglichkeiten von Geschichte wurden für die am Widerstand gegen die Teststrecke Beteiligten erlebbar und gestaltbar. Zum einen beschleunigte sich die Abfolge aktueller, für die Regionalgeschichte epochal werdender Ereignisse, verdichteten sich die Zeitintervalle der Erlebnisdimension und bildeten sich die Widerstandspersonen über ihre politische Praxis ein aktuelles Geschichtsbewußtsein. Zum anderen eröffneten die Aktionen der Teststreckengegner im Bundschuh-zusammenschluß neue Zugänge zu den bisher überdeckten, kaum wahrgenommenen, vielmehr verleugneten oder gar verfälschten Schichtungen der Geschichtslandschaft Tauber-Frankens, indem wichtige kulturgeschichtliche Grundwasserpotentiale der Region im Bezug auf den Bundschuh von 1525, auf den Bauernkrieg vorort erschlossen wurden. Diese brisant auftretende Mischung aus realgeschichtlichem Up-To-Date-Sein der politischen Handlungen, dem permanenten Agieren sowie lokalen, regionalen und bundesweiten Protestmanifestationen und aus dem historischen Rekurs auf die regionale Widerstandsgeschichte entzündete die Phantasie der Teststreckengegner zu vielfältigen Handlungsformen und Veranstaltungen. Teilweise spektakuläre Aktionen mit bundesweiten Presseechos ließen den schwäbischen Weltkonzern - in der historischen Parallele der Part des Schwäbischen Bundes übernehmend - und seine aus der Stuttgarter Zentrale anreisenden Manager oft altbacken, unbeholfen schwerfällig, provinziell im negativen Sinne, geschichtlich zu sehr gefordert und letztendlich überfordert aussehen. So

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

verlor ein sogenannter Boxberg-Beauftragter der Daimler-Benz-AG seine Aktentasche mit juristischen Expertisen, die den schwachen Rechtsstandpunkt der Bebauungspläne unterstrichen und Strategiepapieren, aus denen hervorging, daß der Konzern zur Einlösung der von ihm versprochenen Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung des Boxberger Raumes beabsichtigte, ca. 1000 Bocksbeutel fränkischen Weines zu ordern (und was den Konzern nach Veröffentlichung dieses Skandals zwang, tatsächlich Arbeitsplatzansiedlungen in Zuliefererbetrieben zu schaffen). Mit einem derart drastischen Mißverhältnis zwischen erklärten Absichten und Realisierungsbestrebungen konnte die Daimler-Benz AG trotz bemühter professioneller Public Relations der öffentlichkeitswirksamen "kulturellen Hegemonie" (Antonio Gramsci) der Bundschuhaktionen streckenweise wenig entgegensetzen.

Auch das Einfließen der eigengeschichtlichen Erfahrungen der Jugendhausbewegung in der Provinz des Main-Tauber-Kreises, die die Bauern im Widerstand als erste Organisation aktiv unterstützte und ihr geschichtliches Wissen über den Pfeifer von Niklashausen und über den Bauernkrieg miteinbrachte, förderte die Dynamik der Protestformen und -aktionen. In einer historisch und regional neu möglichen Intergenerationenbeziehung begegneten sich die vorher nicht kompatiblen, eher ausschließenden, alte Sozialisationsbedingungen ablösenden Verhaltensweisen der 68er Schülergeneration und deren NachfolgerInnen in den ländlichen Jugendzentrums-Initiativen mit ihrem kleinstädtische Honorationenschaften provozierenden Hausbesetzungsbewußtsein und die ganz andere lebensweltliche Alltagskonstitution der Eigentum und Existenz verteidigenden, scholle-gebundenen Bauern aus dörflichem Eigensinn, agrikulturellem Erfahrungswissen und oft versteckter Bauernschläue. Damit besaß der Zusammenhang der Teststreckengegner ab dem Sommer 1978 multikulturelle Antriebskerne, die sich zwar nicht auf einen einheitlichen Nenner bringen ließen, unterschiedlichen Motivationen und Bedürfnislagen entstammten, aber gerade mit der neuartigen Abmischung und gegenseitigen Durchdringung verschiedenster Kultursphären der regionalen Unterdogs zu gemeinsamen und originären Aktionen und Demonstrationen führte. Nach und nach schlossen sich die politischen Kreisverbände von Jungdemokraten und Jungsozialisten, ein Landjugendverband, Personen aus der Agraropposition und dem biologischen, dynamischen, organischen Landbau und sogar bei Daimler-Benz Beschäftigte dem Widerstand an. Der Aufbau regionaler, bundesweiter und internationaler Verbindungen mit sozio-kulturell unterschiedlichen Gruppen und Personen belebte die regenbogen-farbene Fahne des Bundschuhs von 1525 mit aktuellen Inhalten und zeitgemäßen Lebensformen. Multikulturelle Pluralität, regionale Zusammenarbeit, neue zwischenmenschliche Beziehungen und Freundschaften, das Verhältnis von Personen aus Stadt und Land machten die besondere und anregende Qualität des Bundschuhwiderstandes der Anfangsjahre aus.

Im Januar 1978 hatten Vertreter der Daimler-Benz AG sowie schon vorher eingeweihte und auf das Projekt eingeschworene Lokalpolitiker die Pläne verkündet, im Raum Boxberg mit den hauptsächlich betroffenen Orten Schwabhausen, Bobstadt und Assamstadt eine Teststrecke, euphemistisch von Daimler-Benz auch als Prüfgelände designed, zu errichten. Benötigt wurden für das Oval mit einer Gesamtlänge von ca. 5 Kilometern und ca. 2 Kilometern Breite, einer völlig versiegelten Wendeplatte mit 500 Metern

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Durchmessern und Fahrbahnbreiten bis zu 100 Meter über 700 ha Land, das sich größtenteils im bäuerlichen Eigentum oder in Pachtverhältnissen befand. Die restliche Fläche war Staatswald oder gehörte zu den 200 Hektar Acker des Seehofes im Besitz des Grafen zu Leiningen-Amorbach, dem eine Ersatzdomäne bei Schönthal – unter Ausschaltung der bisherigen bäuerlichen Pächter - angeboten wurde und der sich auch sofort verkaufsbereit zeigte. Daimler-Benz glaubte, mit dem Ankauf des Seehofes, der im Zentrum der geplanten Teststrecke lag, einen gravitatischen Sog auf die umliegenden Grundstückseigentümer ausüben zu können. Zugleich hoffte man wohl auf die psychologische Wirkung, daß Bauern und Eigentümer dem Beispiel ihres Lehensherren folgen würden, was auch zu einem großen Teil eintrat. Für den Neubau einer Bundesstraße, mit der die Teststrecke direkt an die BAB Heilbronn-Würzburg angeschlossen werden sollte und dem Anschluß des in nächster Nachbarschaft liegenden NATO-Tanklagers für Flugbenzin bestanden weitere Flächenansprüche.

Im März 1978 konstituierte sich die Interessensgemeinschaft der von der Teststrecke betroffenen Grundstücksbesitzer, aus der im Januar 1979 die Bundschuh-Genossenschaft hervorging. Schon bei diesem ersten Widerstandstreffen stellten die Bauern selbständig die historische Parallele zum Bauernkrieg 1525 her, als im Veranstaltungssaal die Bundschuhfahne gehiebt wurde. Schnell erlangte der Bundschuh als Widerstandszeichen Symbolkraft und wurde auch mit dem Wappen des Dorfes Schwabhausen, einem Pflug, verbunden. In Anlehnung an die zwölf Artikel von Memmingen veröffentlichten die Teststreckengegner ein Grundsatzprogramm der "Zwölf Artikel von Schwabhausen". Im Juli 1979 fand eine Freilichtaufführung der Bauernoper von Yaak Karsunke in Schwabhausen vor mehr als 1000 Zuschauern statt. Im September 1979 erlebte die historische Schlacht von Königshofen (vom 2. Juni 1525) auf dem Turmberg eine Wiederauferstehung, diesmal allerdings unter umgekehrten Vorzeichen: Die neuen Bundschuh-Bauern trugen wieder die Tracht von 1525, Bundschuhfahnen wehten, Hellebarden blitzten, Mistgabeln wurden geschwenkt, ein Geschütz lag in Stellung und aus einem in Anlehnung an die Wagenburg der Bauern von 1525 aufgestellten Rondell von Planwagen heraus, erstürmte ein Bauernhaufen symbolisch den verkauften Seehof des leiningischen Fürsten. Im Mai 1980 wurde der Bundschuhbaum erstellt, an dem viele Bundschuhe befestigt wurden, um die neu verlebendigte Bewegung des Widerstandes zu demonstrieren.

Ein weiterer wichtiger Faktor des Bezugs auf den Bauernkrieg waren die Aktivitäten des aus der Jugendzentrumsbewegung heraus gegründeten Traum-a-Land Vereins, der als ein Vorläufer der Geschichtswerkstättenbewegung eine neue Kritische Heimat-Kunde ausprobierte, als im August 1980 eine Jugendgruppe auf den Spuren der Bauernhaufen die geschichtlichen Orten und Stätten in der Region anfuhr. Mit dem Ausstieg von Personen des Traum-a-Land e.V. und weiterer wichtiger Innovatoren aufgrund von Differenzen und unterschiedlichen Vorstellungen über die Politik der Bundschuh-Genossenschaft und dem Durchsetzen des "legalistischen" Flügels, der sich auf die juristische Auseinandersetzung konzentrierte, verlor der Bundschuh zunehmend seinen Bezug zu den historischen Wurzeln des Bauernkrieges. Im Herbst 1985 erfuhr die Tradition der Züge von Bauernhaufen eine kurze Renaissance, als der Bundschuh von Schwabhausen

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

aus nach Karlsruhe vor das Bundesverfassungsgericht zog, um seine Verfassungsbeschwerde zu überreichen. Seinen letzten Höhepunkt erlebte der neue Bauernkrieg, als unter dem Schutz eines großen Polizeiaufgebotes der voreilige und gleichsam unsinnige Einschlag von ca. 90 000 Bäumen begann, widerstandsleistende Teststreckengegner durch den Schlamm des aufgeweichten Waldbodens gezogen und einer erkenntnisdienstlichen Nachbehandlung unterzogen wurden. Am 24.3.1987 stoppte die Entscheidung des Verfassungsgerichtes endgültig die Enteignungsversuche. Die Daimler-Benz-Teststrecke war, zumindest im Raum Boxberg, gestorben. (ca. 1990)

Ismet Yigit: **Politische Public Relations von Großunternehmen. Erfolgsbedingungen am Beispiel Daimler-Benz Teststrecke in Boxberg.** Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Grades Magister Artium der Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften Universität Stuttgart - Institut für Sozialwissenschaften – Stuttgart 1999

Eine Arbeit wie die von Yigit nimmt man zunächst dankbar in die Hände. Schließlich bietet eine wissenschaftliche Arbeit, die einen Teil des eigenen Lebens betrifft, eine interessante Zeit politischen Widerstandes, diese Zeit etwas reflektierter in der Rückschau zu betrachten als dies die eigenen Mythen der Rückerinnerung erlauben würden, die vieles aus dieser Zeit subjektiv verklären würden.

Yigit versucht anhand von vier Interviewpartnern, 2 von Daimler Benz und 2 auf Seiten des Bundschuh-Widerstands sowie Anhand einer qualitativen Untersuchung der lokalen und übergionalen Presseverlautbarungen den Ablauf, insbesondere aber die Public Relation von Daimler Benz und deren Widerhall in den Medien und in der Öffentlichkeit offen zu legen. Die Seite der Public Relation des Widerstands, die aus einer zunächst in die Defensive gedrängten Haltung der sich widersetzenden Bauern sich zunehmend entwickelte und über Aufgreifen regionaler historischer Widerstandsbezüge (Bundschuh, Bauernkrieg 1525, Gründung der Bundschuh-Genossenschaft usw.) eine äußerst attraktive, phantasiereiche Widerstands Public Relation entwickelte und die Public Relation des Großkonzerns oft sehr schwach aussehen ließ, bleibt leider in der Arbeit Yigits unberücksichtigt. Damit wird auch die Situation der Public Relation Daimler-Benz, nach der anfänglich leichten Überrumpelung der Boxberger Bauern und deren Einstufung als Minorität in der Region, selbst durch die oft überraschenden öffentlichkeitswirksamen Aktionen des Widerstands in die Defensive geraten, mit dem Verlust des Agierens, oft rein reaktiv hilflos wirkend, nicht entsprechend dargestellt und erklärt.

Die vier Interviews werden in ihrem vollem Wortlaut wiedergegeben und in einem Interview mit einem der Daimler-Benz Verantwortlichen kommt auch die fehl geschlagene Public Relation Arbeit von Daimler-Benz deutlich heraus: „Wir haben die Presse vor Ort offen informiert, es war alles öffentlich, wir hatten nichts zu verbergen. Aus meiner Sicht war gerade die regionale Presse ganz auf unserer Seite, hat das Projekt absolut befürwortet. Die Gegner waren hier ausgegrenzt. Sie waren, um das hier auch noch mal zu sagen, auch in der Bevölkerung ausgegrenzt. Die Kommune, die Bevölkerung, die Presse, wir und das Land, das war im Prinzip eine Einheit. Ich kenne nicht einmal eine Presseveröffentlichung, die gegen das Projekt gewesen ist. Alle waren offen angetan von dem Projekt.“ Ausgegrenzt! Genau das gibt die Art der Daimler-Benzschen Public Relation wieder: Statt Kommunikation Ausgrenzung der eigentlich Betroffenen. Die nicht direkt betroffene Bevölkerung, die Mehrheit der nicht direkt betroffenen Bevölkerungsmehrheit in dieser Region konnte Daimler-Benz leicht erreichen, wie wohl jeder Weihnachtsmann der Geschenke verteilt. Aber diejenigen, auf deren Kosten bzw. Grundstücke Daimler-Benz seine Geschenke an die Region verteilen wollte, wurden ausgegrenzt, an den Rand gedrängt.

TAL e.V. DOKU KAMPF GEGEN TESTSTRECKE

Die Ausgrenzung der betroffenen Bauern und Grundstückseigentümer war zunächst Daimler-Benz mit der praktizierten Überrumpelungstaktik der vollendeten Tatsachen und der Entweder-Oder-Strategie gelungen. Die bäuerliche Sprache des Widerstands trat christlich fundamentiert auf, fand aber in der Öffentlichkeit wenig Widerklang. Erst in der von keinem der Verantwortlichen vorhergesehenen Zusammenarbeit von Landwirten, Grundstückseigentümern und den Jugendhausinitiativen der Region fand der Widerstand eine breitere Form, die sich in einer regionalen und überregionalen Öffentlichkeit rasch erweiterte. Neue Persönlichkeiten mit intellektuellem, juristischem, phantasiereichem, emotionalem, ökologischem Potential stießen zum Widerstand, brachten ihre bunten Ideen ein. Der Bundschuhwiderstand wurde zu einem bundesweiten Symbol und konnte die regionale Ausgrenzung kraftvoll und willensstark überwinden.

Leider geht Yigit nicht auf diese sich entwickelnde und entscheidende Dialektik der Public Relation von Daimler Benz und des Bundschuhs ein. Der Druck von Daimler-Benz fand einen enormen Gegendruck in der Öffentlichkeitsarbeit des Bundschuhs, in der die Auseinandersetzung zwischen Daimler-Benz und Bundschuh zeitweise wie die Neuaufgabe des Bauernkrieges von 1525 aussah. Was die Public Relation betrifft, gilt die historische Hoffnung der 1525 unterlegenen Bauern: Die Enkel fechtens besser aus.

Selbstkritisch muß der Rezensent bekennen, dass in dieser Rezension weniger die Arbeit Yigits besprochen wurde, sondern dass diese fast nur als Folie benutzt wurde, sich zurück zu erinnern, subjektiv sich zurückzuerinnern. Hier gilt die Hoffnung: die Enkel, Nichten, Neffe rezensieren es besser aus (– der Rezensent kann aus seiner Haut nicht raus).

Siegfried Geyer / Carlheinz Gräter: Flug über Hohenlohe und Tauberfranken. Mit Heilbronn und Würzburg. Silberburg-Verlag GmbH, Tübingen 2006. ISBN-10: 3-87407-708-X; ab 2007 ISBN-13: 978-3-87407-708-8.

... Eine kleine Anmerkung können wir uns allerdings nicht ganz verkneifen, wenn wir die Grätersche Kommentierung der Bosch-Teststrecke lesen: „1978 begann der Kampf vieler Bauern gegen die geplante Teststrecke des damaligen Daimler-Benz-Konzerns bei Boxberg. Gegen Politik und Wirtschaft setzten sich die Streckengegner 1987 durch. Ohne den Widerstand konnte dagegen ein anderer Stuttgarter Konzern dann dieses bescheidenere Testgelände anlegen.“ Der Traum-a-land-Zusammenhang hat die Boxberger Bauern einige Zeit unterstützt und einiges in den Widerstand eingebracht und zum Fall des Projektes beigetragen. Dagegen hat der adelige Fremdkörper in der tauberfränkischen Landschaft – die Leininger, nach 1803 ohne jeglichen einheimischen Bedarf dorthin implementiert, 1978 durch den verräterisch schnellen Verkauf des Seehofes mit fast 200 ha Grundbesitz die spätere Ansiedlung der Bosch-Teststrecke ermöglicht. ...